



**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO-SÜDTIROL**

Atti Consiliari
Sitzungsberichte des Regionalrates

IX Legislatura - IX Gesetzgebungsperiode
1983 - 1988

SEDUTA **57.** SITZUNG

13.3.1986

Ufficio resoconti consiliari - Amt für Sitzungsberichte

INDICE

Disegno di legge n. 34:

"Modifiche alle disposizioni contenute nel Testo Unico delle leggi regionali sull'ordinamento dei Comuni, approvato con D.P.G.R. 19 gennaio 1984, n. 6/L concernenti le indennità di carica agli amministratori comunali e nuove norme riguardanti i segretari comunali dei Comuni della Regione", presentato dalla Giunta regionale

pag. 1

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 34:

"Änderungen zu den mit Dekret des Präsidenten des Regionalausschusses vom 19. Jänner 1984, Nr. 6/L genehmigte, Einheitstext der Regionalgesetze über die Gemeindeordnung enthaltenen Bestimmungen über die Amtsent-schädigung der Gemeindeverwalter und neue Bestimmungen betreffend die Gemeindesekretäre der Gemeinden der Region", eingebracht vom Regionalausschuß

Seite 1

INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER

LANGER (Lista Alternativa Lista Verde/ Alternative Liste Grüne Liste)	pag. 2
FERRETTI (Democrazia Cristiana)	" 18
HOSP (Südtiroler Volkspartei)	" 23
BOESSO (Partito Repubblicano Italiano)	" 37
PAHL (Südtiroler Volkspartei)	" 39
RELLA (Partito Comunista Italiano)	" 42-71
TONONI (Democrazia Cristiana)	" 47
MERANER (Südtirol)	" 52
D'AMBROSIO (Partito Comunista Italiano)	" 58
a BECCARA (Democrazia Cristiana)	" 64

Presidenza del Presidente Sembenotti.

Ore 9.40

PRESIDENTE: Appello nominale.

TONONI (segretario) : (fa l'appello nominale).

PRESIDENTE: Dichiaro aperta la seduta.

Comunico che hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Lorenzini, Angeli, Carli, Piccoli Rensi, Magango, Messner, Gebert Deeg, Binelli, Kaserer scusa il ritardo.

Letture del processo verbale della seduta 6 marzo 1986.

TONONI (segretario) : (legge il processo verbale).

PRESIDENTE: Osservazioni al processo verbale? Nessuna. Il processo verbale si intende approvato.

Comunicazioni:

In data 6 marzo 1986 è stata presentata dai consiglieri Binelli, Tretter e Peterlini la Mozione n. 18 con la proposta di impegnare la Giunta regionale ad effettuare impugnativa di fronte alla Corte Costituzionale dell'art. 34 della legge 28 febbraio 1986, n. 41 (legge finanziaria 1986).

In data 11 marzo 1986 è stata presentata dai consiglieri Rella, Marzari, D'Ambrosio, Ziosi, Barbiero e Ballardini la Mozione n. 19, concernente il piano di decentramento della gestione dell'informatica da parte dell'INPS.

Iniziamo con la trattazione dell'ordine del giorno. E' in discussione il disegno di legge n. 34: "Modifiche alle disposizioni comunali contenute nel Testo Unico delle leggi regionali sull'ordinamento dei Comuni, approvato con D.P.G.R. 19 gennaio 1984, n. 6/L concernenti le indennità di carica agli amministratori comunali e nuove norme riguardanti i segretari comunali dei Comuni della Regione", presentato dalla Giunta regionale.

E' iscritto a parlare il cons. Langer. Ne ha facoltà.

LANGER: Vielen Dank, Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich muß mich vorweg bei Ihnen allen deshalb entschuldigen, weil ich nicht an der Kommissionssitzung teilnehmen konnte. Ich war kurz vorher daran verhindert und konnte deswegen auch keine Vertretung organisieren. Deswegen mußten wir eine Reihe von Abänderungsanträgen, die wir andernfalls in der Kommission eingebracht hätten, direkt ins Plenum bringen. Ich bitte Sie trotzdem um Ihre Aufmerksamkeit, obwohl diese im Augenblick eher gering zu sein scheint.

Es geht bei diesem Gesetzentwurf um die Frage, wie die Amtsträger in den Gemeinden finanziell entschädigt werden sollen. Mit anderen Worten, es geht darum, wieviel die Demokratie auf Gemeindeebene kosten soll und kosten darf. Welche Voraussetzungen geschaffen bzw. verändert werden sollen, damit die Bürger, die auf Gemeindeebene Verantwortung übernehmen, auch wirklich ihr Mandat ernsthaft wahrnehmen können.

Nun, glaube ich, daß wir uns alle sagen müssen - der Kollege D'Ambrosio hat das letzte Mal schon davon gesprochen -, daß es bestimmt ein Fortschritt der modernen Demokratie ist, wenn heutzutage nicht mehr nur Leute, die sozusagen von sich aus begütert sind, die Wahrnehmung der öffentlichen Interessen in öffentlichen Organen innehaben können, sondern daß die Vertretung des Volkes allen möglich ist. Im Prinzip muß sie für alle offenstehen, so daß insbesondere die Leute, die beispielsweise lohnabhängig sind oder die jedenfalls nicht oder weniger frei über sich verfügen können, die Möglichkeit haben, ein öffentliches Amt wahrzunehmen und an der Volksvertretung teilzuhaben. Das ist ganz klar und darüber sind wir uns, glaube ich, alle einig. Die Tatsache, daß hier über Amtsentschädigungen für Gemeindeverwalter geredet wird, weist ja gerade darauf hin, daß so etwas möglich gemacht werden soll.

Andererseits erlaube ich mir aber auch zu sagen, daß wir eine bedauernswerte Tendenz feststellen, den so lebendigen Drang zur Teilnahme am öffentlichen Leben gewissermaßen durch Geld noch mehr anzustacheln. Das also immer häufiger versucht wird, - und das gilt auf allen Ebenen, das gilt für uns auch, das gilt für den Regionalrat, für den Landtag, das gilt für die Gemeinden, das gilt für die Parlamentarier auf jeder Ebene -, sozusagen das Metier des Volksvertreters finanziell attraktiv zu machen, um dadurch gewissermaßen Leute zur Politik zu animieren. Das glauben wir, ist sehr gefährlich. Es ist heute sowieso schon eine weitverbreitete Überzeugung bei der Bevölkerung, daß jeder, der ein öffentliches Amt...

Herr Präsident, darf ich Sie bitten, etwas mehr Ruhe im Saal

herzustellen - es ist wirklich schwierig - vielen Danke.

Es herrscht heute sowieso schon in der Bevölkerung die Überzeugung, die auch immer wieder von den Medien wiedergegeben wird, daß jeder, der ein öffentliches Amt bekleidet oder anstrebt, sich im Grunde bereichert, bereichern will, oder jedenfalls, daß im Endeffekt die Wahrnehmung öffentlicher Ämter ein Weg zur Bereicherung ist. Um so mehr, glaube ich, muß man sich bei einem solchen Gesetzentwurf überlegen, welches Bild von den Gemeindeverwaltern in der Öffentlichkeit entstehen soll, welche Folgen, welche materiellen Folgen der Auftrag der Wähler auf Gemeindeebene haben soll.

Wir bewegen uns von unserer Sicht aus auf einem schwierigen Gebiet, wir sehen uns irgendwie in einem Widerspruch. Wir sehen uns zwischen zwei widersprüchlichen Prinzipien ein bißchen hin- und hergeworfen. Auf der einen Seite wollen wir, - wie ich gerade gesagt habe und wie das letzte Mal andere Kollegen schon gesagt haben -, allen ermöglichen, das Amt eines Gemeindeverwalters anzustreben und auszuüben, ohne damit Einbußen hinnehmen zu müssen, ohne damit Nachteile für die Arbeit, für den eigenen Beruf hinnehmen zu müssen.

Andererseits wollen wir zumindest stark darauf hinarbeiten, das Berufspolitikertum zu vermeiden, denn es ist ganz klar, je mehr ein öffentliches Mandat honoriert wird, je mehr die Wahrnehmung eines öffentlichen Mandates jemanden aus seinem Alltag, aus seinem beruflichen Alltag herausnimmt, desto mehr entsteht der Berufspolitiker, desto mehr entstehen Leute, die nach Wahrnehmung eines Mandats fast nicht anders können, als ein weiteres Mandat anzustreben und dann wieder ein weiteres Mandat, um im Grunde Berufspolitiker zu werden. Je mehr Berufspolitikertum bei uns einreißt, je mehr auf allen Ebenen Berufspolitiker geschaffen werden, desto mehr wird sich auch die Kluft zwischen Bürgern und Politikern erweitern. Das ist ganz klar. Die Teilnahme an der Politik, die Teilnahme am Gemeinderat, am Landtag, am Regionalrat, am Parlament usw., wird immer stärker eine Sache für Professionisten, für Leute, die nur das und nichts anderes machen, die davon leben, deren ganze Existenz sich auf dieser Ebene abspielt.

Ich glaube, daß wir uns darüber schon klar werden müssen. Ich weiß, wir können das aus der eigenen Erfahrung bestätigen, obwohl es vielleicht nicht alle zugeben werden. Ich glaube, daß das Berufspolitikertum vor allem denen nicht gut tut, die selber Berufspolitiker werden oder geworden sind. Es tut ihrer Gesundheit nicht gut, es tut ihren familiären Beziehungen nicht gut, wie die SVP-Frauenversammlung vor kurzem festgestellt hat und damit auch in alle Zeitungen gekommen

ist, bis nach Ecuador. Es tut also den Berufspolitikern selber nicht gut, aber es tut auch der Bevölkerung und der Politik nicht gut. Wir wollen nicht übersehen und nicht unterschätzen, daß Politik ein schwieriges Geschäft ist und ein sehr komplexe Angelegenheit geworden ist. Insbesondere die Verwalter, d.h. diejenigen, die dann an der Spitze der Verwaltung stehen - ob das dann Bürgermeister sind, oder Gemeindeassessoren, oder Landesräte oder Regionalassessoren oder Landeshauptleute usw. -, diejenigen, die in der Exekutive stehen, an der Spitze der Verwaltung, müssen Erfahrung sammeln, da bestimmte Fähigkeiten erst im Laufe der Zeit entwickelt werden. Das wollen wir nicht unterschätzen.

Andererseits aber sehen wir wieviel Schaden in der Politik dadurch entsteht, daß Leute, die praktisch irgendwann einmal einen Sessel erobert haben, von dort nicht mehr wegzukriegen sind und von dort eigentlich nur mehr nach oben weiterbefördert werden können. Wir brauchen uns eigentlich nur die Situation der Landtage und des Regionalrats anzuschauen, daß praktisch das Berufspolitikertum überall um sich greift und daß deswegen immer weniger die eigentliche Idee der Demokratie noch Geltung hat. In der Tat ist es so, daß man heute nicht mehr sagen kann, jeder Bürger kann unter Umständen auch Volksvertreter werden, sondern in Wirklichkeit ist die Volksvertretung eine recht eingeschränkte Clique, wenn auch inzwischen die Posten bis ins Ungemessene vermehrt worden sind. Es gibt inzwischen einen cursus honorum, der vielleicht beim Stadtviertelrat anfängt und vielleicht irgendwo oben bei der Regierung oder beim Parlament aufhört, aber es ist eindeutig, daß heute ein starker Drang zum Berufspolitikertum gegeben ist. Je mehr die politischen Mandate materiell entschädigt werden, also je höher die Vergütungen sind, je mehr also Politik zum Beruf werden kann, desto stärker wird das Streben zum Berufspolitikertum werden. Das kann man ganz deutlich sehen. Wir möchten also in dem Sinn die Idee der Demokratie doch so weit gewahrt wissen, daß jeder Bürger im Auftrag seiner Mitbürger bestimmte Mandate ausüben kann, aber daß er auch irgendwann jemand anderen zum Zug kommen läßt. Daß also die Vertreter des Volkes doch soviel mit dem Volk zu tun haben sollen, daß sie nicht mehr nur in einer abgesonderten Sphäre irgendwo leben und am Schluß eben nur mehr den Alltag des Berufspolitikers kennen und nicht mehr den Alltag des Bürgers, in dessen Namen sie eigentlich sprechen sollten.

Wenn wir das auf die Gemeindepolitiker beziehen, dann würden sich unsere Vorstellungen ungefähr so formulieren lassen: Wir sind einverstanden, daß die Gemeindeverwalter angemessen entschädigt werden

sollen. Wir sind einverstanden, daß die Gemeindeverwalter so vergütet werden sollen, daß sie ihrem Mandat wirklich nachkommen können. Das betrifft natürlich in erster Linie die Mitglieder der Exekutive, den Bürgermeister, Vizebürgermeister, Gemeindeausschuß usw., das ist klar. Aber wir wollen nicht so weit kommen, daß jedes Amt bei der Gemeinde den Mandatar schon zum Berufspolitiker stempelt. Es muß vermieden werden, daß jemand schon als Mitglied eines Stadtviertelrates oder eines Gemeinderates oder eines Ausschusses praktisch in die Politikerkaste einsteigt und dann sich nur mehr in dieser Sondergesellschaft, in dieser Sonderwelt bewegt. Wir müssen diesem Hang zum Berufspolitikertum einen Riegel vorschieben. Das ist das erste.

Zweitens: Innerhalb der Gemeinden macht es einen großen Unterschied aus, ob man das ganze Gewicht auf den Gemeindeausschuß legt oder ob man auch den Gemeinderat berücksichtigt. Je mehr der Gemeindeausschuß abgehoben wird, je mehr die Gemeindeausschußmitglieder bezahlt werden und umgekehrt die Gemeinderäte nicht bezahlt werden, desto mehr wird sich eine Politikerclique herausbilden, die aus den Mitgliedern des Gemeindeausschusses besteht, Bürgermeistern und Assessoren, während umgekehrt man dem Gemeinderat, den Gemeinderatsmitgliedern die Wahrnehmung des Mandates oft extrem schwierig macht. Die Gemeinderatsmitglieder sind ja gewöhnliche Bürger, die ihrer üblichen Arbeit nachgehen und die oft sehr wenig Zeit haben, sich beispielsweise auf die Sitzungen vorzubereiten, mit Bürgern zu reden, sich in der Stadt oder in der Gemeinde umzuschauen, eventuell auch Tagungen zu besuchen, Einrichtungen zu besichtigen, vom Altersheim bis zur Müllabfuhr usw.

Deswegen sind wir der Meinung, daß dieser Gesetzentwurf zu stark die Note trägt, den Gemeindeausschuß zu verprofessionalisieren und daß auf der anderen Seite der Gemeinderat praktisch noch weiter zurückbleibt. Wir sehen also in diesem Gesetzentwurf zwei gefährliche Tendenzen. Erstens, daß der Abstand zwischen Bürgern und Politikern größer wird. Zweitens, daß der Abstand zwischen Gemeinderäten und Gemeindeausschußmitgliedern größer wird. Das ist dieselbe Tendenz. Das geht in dieselbe Richtung und man haut in dieselbe Kerbe, denn je mehr der Ausschuß professionalisiert wird und je mehr die Ausschußmitglieder Berufspolitiker werden, desto weniger gleichen sie den übrigen Bürgern und desto weniger gleichen sie auch den Gemeinderäten.

Unsere Korrekturtendenzen in diesem Fall gehen also in diese Richtung: Wir wollen, daß erstens die Professionalisierung nicht Überhand nimmt. Wer kann das am besten beurteilen? Unserer Meinung nach der Gemeinderat. Wir sehen mit Sorge, daß in diesem Gesetzentwurf den

Bürgermeistern und den Assessoren eine möglichst hohe Amtsentschädigung automatisch zugesichert wird, unabhängig davon, ob sie in dieser spezifischen Gemeinde nun tatsächlich "full time" arbeiten oder ob sie in der spezifischen Gemeinde das Amt des Bürgermeisters sozusagen nebenbei ausüben. Wer soll das beurteilen? Ja unserer Meinung nach soll das der Gemeinderat beurteilen. Der Gemeinderat kann sagen, wieviel Zeit, wieviel Fähigkeiten ein Bürgermeister tatsächlich in seiner Gemeinde aufwendet. Wir sind einverstanden, daß eine gewisse Klassifizierung nach Größenordnung in den Gemeinden vorgenommen wird, daß man also sagt, daß Gemeinden unter einer gewissen Größenordnung bestimmte Sätze und Großgemeinden andere Sätze anwenden. Soweit sind wir einverstanden.

Wir sind aber absolut nicht einverstanden - und wir verstehen, daß das die Bürgermeister aber möchten - aber wir sind trotzdem nicht einverstanden, daß praktisch vom Gesetz her mit einem ganz winzigen Spielraum von vornherein festgelegt wird, wie hoch die Bürgermeister und die Gemeindeausschußmitglieder bezahlt werden sollen. Natürlich möchten die Bürgermeister, daß der Gemeinderat möglichst wenig zu befinden hat und das vom Gesetz her schon das Höchstmaß ihrer Entschädigung angewandt wird. Denn auf diese Weise wird von vornherein der Bürgermeister eben vom Gemeinderat abgehoben und in gewissem Sinn unabhängig gemacht. Denn im Augenblick, wo die Amtsentschädigung nicht mehr vom Gemeinderat festgelegt wird, sondern vom Gesetz, braucht sich der Bürgermeister um den Gemeinderat um so weniger zu kümmern.

Wir aber wollen hingegen, daß der Gemeinderat tatsächlich beurteilen kann, wie hoch der Einsatz des Bürgermeisters in der betreffenden Gemeinde zu werten ist. Ob es in der einen oder anderen Gemeinde tatsächlich richtig ist, daß der Höchstsatz zur Anwendung kommt oder daß ein niederer Satz vorgesehen wird.

Deswegen werden Sie sehen, daß alle unsere Abänderungsanträge zu diesem Thema darauf hinzielen, die vom Regionalausschuß vorgesehene Obergrenze beizubehalten. Wir möchten also nicht sagen, wir vergönnen es ihnen nicht. Die Obergrenze soll beibehalten werden, aber die Untergrenze soll entsprechend herabgesetzt werden, so daß der Gemeinderat einen größeren Spielraum hat. Der Gemeinderat, der die Situation kennt, kann das entscheiden und der Gemeinderat soll auch die Verantwortung dafür übernehmen. Der Gemeinderat soll diese Verantwortung nicht einfach auf den Gesetzgeber abschieben.

Es soll in den Gemeinden, Gemeinde für Gemeinde, je nach der spezifischen Situation vorgegangen werden, auch, sagen wir ruhig, nach

der Art der Amtsführung des Bürgermeisters, je nach der Art, sagen wir ruhig, auch der Gemeindefradition, die spielt ja auch viel mit. Es gibt Gemeinden, bei denen der Bürgermeister jeden Tag im Rathaus zu erreichen ist und es gibt Gemeinden, in denen er, wenn's viel ist, einmal in der Woche eine Sprechstunde hält. Es gibt Gemeinden, in denen der Bürgermeister sich tatsächlich um die Verwaltung in allen Aspekten kümmert und es gibt Gemeinden, in denen der Bürgermeister praktisch gewissermaßen wie ein Regierungspräsident irgendwo weit oben schwebt und die Beamten im wesentlichen die Gemeinde leiten, der Gemeindefekretär normalerweise.

Deswegen sind wir der Meinung, daß man den Gemeinderat nicht aus seiner Verantwortung nehmen darf und sagen, die Amtsentfchädigung wird von vornherein mit Gesetz festgelegt, sondern wir glauben, daß ein Spielraum festzusetzen ist, innerhalb dessen sich der Gemeinderat dann bewegt, nach Einschätzung und Kenntnis der tatsächlichen Sachlage. Deswegen also wollen wir die Obergrenze beibehalten, aber die Untergrenze flexibler machen, als sie im Gesetzentwurf vorgesehen ist.

Da erlaube ich mir eine Zwischenfrage an den Regionalassessor und bitte ihn, auch darauf zu antworten. Wie in allen Gesetzen, in denen es ums Geld geht, sind die Auskünfte denkbar undeutlich. Wenn es hier heißt, daß Bürgermeister oder Gemeindefausschußmitglieder so und so viel Prozent vom Gehalt des Gemeindefekretärs bekommen, dann würden wir gern erfahren, wieviel das konkret in Geld ausmacht. Wir erfahren das immer wieder, wenn auf Prozente bezug genommen wird. So ist es fast undurchschaubar, ob brutto oder netto gemeint ist und wieviel konkret bezahlt wird. Wir möchten also konkret wissen - und bitten den Regionalassessor es uns zu sagen -, wieviel nach diesem Gesetzentwurf ein Bürgermeister einer Großgemeinde, einer mittleren Gemeinde und einer kleinen Gemeinde kriegen würde. Wir möchten das also in Zahlen hören und nicht in Prozenten, von denen niemand konkret weiß, wieviel es dann ausmacht. Dasselbe gilt natürlich auch für alle anderen Ämter.

Erstens: Wir wollen die Obergrenze beibehalten und die Untergrenze flexibel machen. Zweitens möchten wir, daß die Gemeinderäte, die die Situation beurteilen können, die Verantwortung übernehmen und deswegen die Verantwortung der Gemeinderäte gestärkt wird. Drittens wollen wir etwas sehr wichtiges: Wenn wir Berufspolitikertum vermeiden wollen bzw. in Grenzen halten wollen und wenn wir eine demokratische Bürgervertretung in den Gemeinden sichern wollen, dann müssen wir umgekehrt die Stellung der Gemeinderatsmitglieder stärken, denn die Gemeinderatsmitglieder sind heute in einer Situation, in der sie oft

wirklich nur als Ja- oder als Neinsager fungieren können. Beides oft gleichermaßen unbegründet, denn als Ja-sager müssen sie sich oft einfach nur auf die Parteizugehörigkeit verlassen. Sie gehen halt hin und halten die Hand auf, wenn es die Mehrheit von ihnen fordert, als Neinsager oft ebenso unbegründet, weil sie zur Minderheit gehören oder zur Opposition, stimmen sie halt dagegen. Aber die Möglichkeit, sich tatsächlich vorzubereiten, die Möglichkeit, tatsächlich die Situation in der Gemeinde auch wirklich kennenzulernen, muß schon so gehalten sein, daß sie sich nicht nur auf ihre eigene Alltagserfahrung berufen können.

Deswegen bringen wir zwei bescheidene Vorschläge ein, um die Position der Gemeinderatsmitglieder zu stärken. Nämlich erstens, daß die Amtsentschädigung für die Gemeinderatsmitglieder angehoben wird, daß also das Sitzungsgeld für die Gemeinderatsmitglieder angehoben wird. Wir schlagen 50.000 Lire vor. Das ist immer noch eine bescheidene Zahl, aber es ermöglicht zumindest, nach oder vor der Sitzung ein gemeinsames Abendessen zu verbringen und möglicherweise um bestimmte Auslagen zu decken, um sich entsprechend dokumentieren zu können. Außerdem erscheint es mir, daß es hier auch um eine Anerkennung ihrer Rolle geht, denn ich finde es wirklich absurd, daß die Gemeinderatsmitglieder sozusagen um einen Pappenstil arbeiten sollen, während die Gemeindeausschußmitglieder jetzt mit diesem Gesetzentwurf in die Kaste der Berufspolitiker gehoben werden.

Der zweite Vorschlag, der noch wichtiger ist: Der Staat hat Ende oder Mitte Dezember ein Gesetz erlassen, mit dem sichergestellt wird, daß die Gemeinderatsmitglieder, die abhängige Arbeiter sind, die also Angestellte, Arbeiter usw. sind, immer dann, wenn der Gemeinderat zusammentritt, den ganzen Tag frei haben, d.h., daß sie sich tatsächlich vorbereiten können, daß sie in Ämter gehen können, daß sie Unterlagen anfordern können, Einsicht nehmen können usw. An sich müßte dieses Staatsgesetz bei uns auch automatisch gelten, z.B. gegenüber den privaten Arbeitgebern gilt es.

Dieses Staatsgesetz - wir werden noch nachher darüber reden, es ist das Gesetz Nr. 816 vom 27. Dezember 1985 - sieht vor, daß Gemeinderatsmitglieder den ganzen Tag von der Arbeit fernbleiben können, wenn sich der Gemeinderat versammelt. Dieses Gesetz müssen wir auch bei uns tatsächlich zum Tragen bringen, d.h. es muß gewährleistet sein, daß die Gemeinderatsmitglieder eine etwas bessere Möglichkeit haben, ihr Mandat ernsthaft wahrzunehmen.

Das sind unsere Vorstellungen zu diesem Gesetz: Demokratie sichern und Berufspolitikertum in Grenzen halten. Deswegen die

Obergrenze zwar anheben, wie es in diesem Gesetz passiert, dagegen widersetzen wir uns nicht. Aber eine entsprechende Flexibilität einsetzen, damit je nach Gegebenheiten der Gemeinden die tatsächliche Situation beurteilt, differenziert und gestaffelt werden kann. Die Verantwortung dafür muß beim Gemeinderat liegen. Wir können nicht zustimmen, daß sich der Bürgermeister vom Gemeinderat abhebt und sozusagen unabhängig macht. Also eine echte Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Gemeinderatsmitglieder, denn im ganzen entscheiden die Gemeinderatsmitglieder. Dasselbe gilt für die Mitgliedern von Stadtviertelräten, wo es sie gibt, das ist klar. Es muß anerkannt werden, daß die Gemeinderatsmitglieder die einzigen sind, die in der ganzen politischen Entscheidungs- und Verwaltungsmaschinerie noch am ehestens mit dem Bürger etwas zu tun haben. Wenn man nun mit diesem Gesetzentwurf die Kluft zwischen Gemeindeausschuß und Gemeinderatsmitglieder noch weiter aufreißt, dann ist es ein Stück Demokratie weniger. Dann ist es ein Stück Mitbestimmung und Mitentscheidung weniger. Damit würden die Gemeinderatsmitglieder noch mehr zu reinen Statisten, noch mehr zu reinen Handaufhebern degradiert.

Ich möchte nun jetzt hier meinen Beitrag zur Generaldebatte abschließen. Ich möchte Sie aber alle eindringlich bitten, über diese Argumentationen doch ernsthaft nachzudenken und sich damit auseinanderzusetzen, denn anderenfalls gehen wir mit diesem Gesetzentwurf, so wie ihn der Regionalausschuß vorgelegt hat, eindeutig in die falsche Richtung, nämlich in Richtung Professionalisierung, in Richtung Verkäuflichkeit des politischen Mandats, also Käuflichkeit - Verkäuflichkeit. Immer mehr soll das Geld der Antrieb zum politischen Mandat werden und damit auch immer mehr in Richtung Etablierung einer Politikerkaste, die nicht mehr wegzukriegen ist, auch weil sie sich aus existenziellen, materiellen Überlebensinteressen um ihr Mandat wehren muß. Wenn einer einmal fünf, sechs, zehn Jahre von seinem Beruf weggeblieben ist und die ganze Zeit nur mehr von seiner Politikertätigkeit gelebt hat, dann wird es immer schwerer, daß er in ein normales Arbeitsverhältnis, in einen normalen Beruf, in einen normalen Alltag zurückkehrt. Auf diese Weise wird der Weg zu einem politischen Mandat immer mehr zu einem irreversiblen Weg. Es wird eine Selektion eingeführt, die nicht auf demokratischen Prinzipien beruht, sondern auf Anpassungsfähigkeit, Konformismus, sagen wir Anpassung, Assimilierung an das Berufspolitikertum. Damit wird die Demokratie wiederum ein Stück abgebaut und immer mehr in die Hände von sogenannten Politikspezialisten gegeben, die dann mit der Zeit nur mehr unter sich sind. Es ist dann eine Gefahr, die

jeder von uns - glaube ich - auch aus der Erfahrung im Regionalrat kennt. Meine diesbezügliche Erfahrung ist relativ kurz: Ich war im ganzen, glaube ich, nicht einmal fünf Jahre bei solchen Vereinen, aber ich muß sagen, daß die Gefahr, ins Berufspolitikertum zu rutschen, sehr sehr groß ist. Wir sollen nicht noch vom Gesetz her diese schiefe Bahn einseifen, damit man noch schneller auf diesem Weg herunterrutscht.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, soweit sie vorhanden war.

(Molte grazie signor Presidente, colleghe e colleghi. Mi devo innanzitutto scusare per il fatto che il mio gruppo si vede costretto di presentare qui in aula diversi emendamenti, dato che non ho potuto presenziare alla seduta della Commissione legislativa ed in quell'occasione mi ero trovato nell'impossibilità di farmi sostituire, altrimenti questi emendamenti sarebbero stati da noi presentati in sede di Commissione. Prego comunque i colleghi della loro attenzione, sebbene in questo momento mi sembra essere assai modesta.

Il presente disegno di legge tratta il problema dell'indennità degli amministratori comunali. Con altre parole si tratta di stabilire quanto dovrebbe e può costare la democrazia a livello comunale, nonché quali premesse debbano essere create o modificate, affinché i cittadini che assumono una responsabilità nel comune possano esercitare seriamente il proprio mandato.

Ritengo che noi tutti dobbiamo ammettere - il collega D'Ambrosio ne ha già parlato per la seconda volta - che si tratta nella fattispecie di un progresso della democrazia moderna, se oggi non soltanto cittadini abbienti hanno la possibilità di assumere nell'interesse della collettività responsabilità in seno ad organi pubblici, essendo ora la rappresentanza del popolo aperta a tutti. In linea di massima tutti hanno questo diritto, per cui in particolare i cittadini che sono lavoratori dipendenti e che comunque non hanno affatto o poca disponibilità di tempo, possono dichiararsi ad un ufficio pubblico e partecipare alla rappresentanza popolare. Questo è un dato evidente sul quale ritengo che noi tutti concordiamo. La stessa circostanza, che stiamo trattando in questa sede il problema delle indennità a favore degli amministratori comunali, è appunto la prova che tale possibilità deve essere garantita.

Mi permetto anche di dire che constatiamo una spiacevole tendenza, cioè di incrementare con denaro in questo impulso già di per sé vivo, verso la partecipazione alla vita pubblica. Sempre più spesso si cerca di rendere più attrattiva finanziariamente la funzione del

rappresentante del popolo, animando così delle persone per il mondo della politica e ciò vale a tutti i livelli, anche per noi consiglieri regionali, per i consiglieri provinciali e per i parlamentari. Ciò ci appare pericoloso. Nella popolazione serpeggia già di per sé la convinzione, che ognuno, il quale aspira ad un ufficio pubblico...

Signor Presidente la posso pregare di voler provvedere ad un po' più di silenzio in aula, è veramente difficile parlare in questa situazione. La ringrazio.

Ribadisco quindi che oggi giorno la popolazione è convinta, tale convinzione è riproposta anche dai mass media, che aspirare ad una carica pubblica significa in sostanza arricchirsi o che comunque in definitiva l'assunzione di un ufficio pubblico è la miglior via verso l'arricchimento. Per questo motivo nell'approvare un simile disegno di legge si deve considerare quale quadro degli amministratori comunali dovrà essere offerto all'opinione pubblica e quale conseguenze materiali debba avere a livello comunale il mandato conferito dagli elettori.

Ci muoviamo a nostro parere su un terreno assai difficile, che presenta delle contraddizioni. Siamo contesi da due principi contraddittori. Da una parte, come ho già appunto detto e la scorsa volta anche altri colleghi hanno espresso tale pensiero, desideriamo offrire la possibilità a tutti di aspirare all'ufficio dell'amministratore comunale, senza che questo debba subire svantaggi nell'ambito del lavoro e della propria professione.

Dall'altra parte intendiamo affrontare il problema in modo tale da evitare la formazione di uomini politici professionisti, essendo chiaro che meglio si retribuisce il titolare di un mandato pubblico e più che per tale mandato si distoglie un cittadino dalla sua vita quotidiana, dal suo ambiente professionale, maggiormente sorge la possibilità di creare la figura dell'uomo politico professionista e maggiormente si crea un supporto per l'aspirazione ad un ulteriore mandato, da parte di chi ha già fatto questa esperienza e così con l'andare degli anni si creano dei veri e propri professionisti della politica. Tanto maggiore sarà il numero di questi professionisti, altrettanto si amplierà l'abisso già esistente tra cittadini e uomini politici. Questo è naturale. La partecipazione al mondo politico, al consiglio comunale, al Consiglio provinciale, al Consiglio regionale al Parlamento ecc. diventa sempre più una cosa per professionisti, che null'altro fanno, se non vivere di politica, svolgendo la loro esistenza su questa base.

Ritengo che a tal proposito dobbiamo avere idee ben chiare.

Sono consapevole che noi stessi possiamo confermare per nostra propria esperienza quanto finora detto, anche se non tutti sono disposti ad ammetterlo. Sono convinto che la professione del politico non faccia bene soprattutto a coloro che diventano o sono già diventati professionisti della politica. Non fa bene alla loro salute, ai loro rapporti familiari, come ha denunciato recentemente l'assemblea del movimento femminile del S.V.P., denuncia ripresa da tutti i giornali, e quindi la notizia è giunta fino nell'Equador. Non fa bene quindi nemmeno ai professionisti della politica, ma neppure alla popolazione e alla politica stessa. Non vogliamo dimenticare e sottovalutare il fatto che la politica è divenuta un impegno difficile ed una cosa assai complessa. In particolare gli amministratori, vale a dire coloro che sono posti al vertice dell'amministrazione stessa, siano essi sindaci o assessori comunali, o assessori provinciali o regionali o presidenti delle giunte provinciali ecc., che fanno parte insomma degli organi esecutivi, devono raccogliere esperienze, dato che determinate capacità devono essere sviluppate nel corso del tempo. Non desideriamo sottovalutare tutte queste circostanze.

D'altra parte notiamo quanto danno si provoca nell'ambiente politico, quando non si riesce più a togliere un cittadino eletto da determinate posizioni, una volta conquistata la poltrona, in quanto un'eventuale rimozione è possibile soltanto con l'offerta di altro incarico più alto. E' sufficiente esaminare la situazione nei due consigli provinciali e nello stesso Consiglio regionale, dove possiamo praticamente constatare che siamo circondati dal professionismo, per cui il vero e proprio pensiero democratico assume un valore minore. Di fatto non si può più affermare che ogni cittadino può diventare un rappresentante del popolo, essendo in realtà la rappresentanza popolare un cliché assai limitato, se anche nel frattempo i vari posti sono stati aumentati a sproposito. Nel frattempo è stato creato un cursus honorum, che inizia forse nei consigli circoscrizionali e che termina con qualche carica di governo o nel parlamento, è comunque un dato di fatto che oggi vi è una forte spinta verso il professionismo politico. Tanto più si ricompensa materialmente i mandati politici, più congrue sono le indennità di carica e più si permette che la politica diventi una professione, maggiormente si aspira al professionismo. Questo particolare è ben evidente. In tal senso desideriamo saper garantito il pensiero democratico, nel senso che ogni cittadino possa espletare su mandato dei suoi concittadini determinati incarichi, ma che a un certo momento permetta anche ad altri a subentrargli. Intendiamo inoltre che i

rappresentanti del popolo abbiano contatti con la popolazione, onde evitare che vivano in un ambiente particolare ed isolato, conoscendo in definitiva soltanto le cose quotidiane dell'uomo politico professionista e non più i problemi di ogni giorno del cittadino, a nome del quale dovrebbero in sostanza parlare.

Se ci riferiamo agli uomini politici del comune, il nostro modo di vedere potrebbe essere così formulato: siamo favorevoli che gli amministratori comunali ottengano un equo indennizzo. Siamo d'accordo che gli amministratori comunali ottengano compensi tali da poter esercitare veramente il loro mandato. Ciò riguarda naturalmente innanzitutto i componenti dell'organo esecutivo, cioè i sindaci, i vicesindaci, la giunta comunale ecc. Non intendiamo però giungere al punto che ogni ufficio assunto in sede comunale ottenga il marchio del professionismo. Si deve evitare che un membro del consiglio circoscrizionale o di un consiglio o di una giunta comunali con la sua elezione venga praticamente a far parte della casta degli uomini politici, muovendosi unicamente in questa società speciale ed in questo mondo così particolare. E' assolutamente necessario togliere qualsiasi possibilità al professionismo. Questo è il primo punto.

In secondo luogo riteniamo che in seno ai comuni molto dipenderà dalla circostanza, se l'intero baricentro viene spostato sulla giunta comunale o se a tal proposito si tiene conto anche dell'importanza del consiglio comunale. Maggiore è il compenso a favore dei membri di giunta, minore appare l'indennità a favore dei consiglieri comunali e tanto più ancora si darà forma a un clichè di uomini politici composto dai membri della giunta, vale a dire dai sindaci e dagli assessori, mentre dall'altra parte ai consiglieri si rende spesso estremamente difficile l'esercizio del proprio mandato. I consiglieri comunali infatti sono semplici cittadini che continuano ad espletare le proprie mansioni lavorative e spesso hanno poco tempo per prepararsi alle sedute, di parlare con i cittadini, di occuparsi della città o del comune, presenziando anche a conferenze, di compiere sopralluoghi ad impianti, iniziando dalla casa di riposo fino giù al servizio smaltimenti rifiuti ecc.

Per questo motivo siamo dell'opinione che il presente disegno di legge pone troppo l'accento sulla professionalità delle giunte comunali, trascurando ulteriormente indietro il consiglio comunale. In questo provvedimento quindi vediamo due tendenze pericolose, innanzitutto che la distanza tra cittadini e gli uomini politici è destinata ad aumentare. In secondo luogo notiamo che anche la distanza

tra consiglieri comunali e i membri delle giunte tende ad allargarsi. La linea di tendenza infatti è sempre la stessa, l'incastro è sempre quello, professionalizzando sempre di più le giunte e più i loro membri diventano professionisti della politica, meno assomigliano ai rimanenti cittadini e ancor meno ai colleghi consiglieri.

Le nostre tendenze di correzione in questo caso vanno in questa direzione: desideriamo innanzitutto che il professionalismo non prenda il sopravvento. Chi può esprimere a tal proposito il miglior giudizio? Secondo noi il consiglio comunale. Ci preoccupa il fatto che il presente disegno di legge preveda a favore dei sindaci e degli assessori una indennità di carica assai congrua collegata ad un certo automatismo, indipendentemente dal fatto se nel comune specifico gli amministratori lavorino effettivamente a tempo pieno o se esercitino il loro mandato nel tempo libero. Chi è più adatto ad esprimere questo giudizio? A nostro avviso il consiglio comunale. Questo può senz'altro dire quanto tempo e quali capacità un sindaco offre effettivamente al proprio comune. Siamo d'accordo che nell'ambito dei comuni si provveda ad una certa classificazione secondo l'entità del numero della popolazione, affermando che comuni al di sotto di un certo numero di censiti applica determinate percentuali, mentre i comuni maggiori ne applicano altre. Fin qui siamo d'accordo.

Siamo invece assolutamente contrari - ma comprendiamo che i sindaci lo desiderino ciò nonostante però non siamo d'accordo - che la legge stabilisca a priori, lasciando uno spazio discrezionale minimo, l'ammontare dell'indennità del sindaco e degli assessori. Naturalmente i sindaci preferirebbero che i consigli comunali abbiano da dire il meno possibile a tal proposito e che la loro indennità fosse stabilita ex lege. In questo modo il sindaco viene per così dire a priori pesato dal consiglio comunale e reso da esso dipendente. Nel momento invece, in cui l'indennità di carica non è più determinata dal consiglio comunale, ma dalla legge, il sindaco può anche occuparsi non più di tanto del consiglio.

Noi però desideriamo che il consiglio comunale possa effettivamente esprimere un giudizio sull'impegno del sindaco del rispettivo comune, se nell'una o nell'altra amministrazione comunale sia giusto applicare la massima misura o se non sia il caso di stabilire una percentuale inferiore.

Per questo motivo loro signori potranno constatare che i nostri emendamenti tendono in questa direzione e ciò non significa che noi aboliamo agli interessati le indennità. Noi siamo concordi con la

giunta regionale di mantenere il limite massimo, ma il minimo deve essere abbassato, per offrire così al consiglio comunale un maggior spazio discrezionale. Il consiglio comunale che conosce la situazione può decidere a tal proposito, assumendosi la responsabilità e non è giusto che la ponga unicamente nelle mani del legislatore.

Ogni comune proceda singolarmente secondo una situazione specifica, diciamo pure anche secondo il modo dell'esercizio del mandato del sindaco e anche secondo la propria tradizione, che avrà sempre un certo peso. Esistono infatti comuni dove il sindaco si reca in municipio ogni giorno, ma vi sono anche comuni in cui il primo cittadino si trova negli uffici comunali a dir tanto una volta in settimana. Vi sono dei comuni, in cui il sindaco si occupa effettivamente dell'amministrazione sotto ogni punto di vista e vi sono comuni in cui il sindaco si colloca in certo qual modo al di sopra di tutti, come se fosse un presidente del governo, mentre in realtà sono gli impiegati che dirigono il comune e normalmente il segretario comunale.

Per questo motivo siamo dell'opinione che non si debba togliere al consiglio comunale questa sua responsabilità, stabilendo con legge l'indennità, ma riteniamo invece che debba sussistere uno spazio discrezionale, nell'ambito del quale il consiglio comunale deve muoversi secondo la valutazione e conoscenza dell'effettiva situazione. Per questo motivo vogliamo mantenere il limite massimo e rendere più flessibile il minimo di quanto previsto nel provvedimento.

Mi permetto di rivolgere a questo punto una domanda all'assessore regionale e lo prego di volermi fornire la risposta. Come in tutte le leggi che trattano denaro, le informazioni sono sempre poco chiare. Dato che qui risulta che i sindaci o i membri di giunta ottengono una certa percentuale dello stipendio del segretario comunale, vorremmo conoscere la cifra concreta. Quando ci si riferisce a delle percentuali si ripetono le solite situazioni, non si riesce mai a comprendere se si tratta del lordo o del netto e a quanto ammonta effettivamente la cifra. Desideriamo quindi sapere concretamente e preghiamo l'assessore regionale di volercelo dire, quanto può percepire secondo questa legge un sindaco dei comuni maggiori, dei comuni medi e dei comuni minori. Vorrei sentire le cifre e non le percentuali, delle quali nessuno ne conosce concretamente l'entità, la qual cosa vale anche per tutti gli altri uffici.

Innanzitutto noi, ribadisco, desideriamo mantenere il limite massimo e rendere più flessibile il minimo. In secondo luogo desideriamo che i consigli comunali possano esprimere un giudizio sulla situazione ed assumersi la responsabilità, la qual cosa rivaluta in certo qual modo i consigli comunali. In terzo luogo desideriamo una cosa molto importante: se vogliamo evitare la formazione di professionisti della politica, ossia se desideriamo limitare simili evenienze e se desideriamo inoltre garantire nei comuni una rappresentanza democratica dei cittadini, dobbiamo rafforzare la posizione dei consiglieri comunali, poichè questi oggi come oggi fungono soltanto come votanti per il sì o per il no e spesso in modo immotivato, poichè il sì è non raramente legato all'appartenenza di partito. Vanno in sostanza in consiglio comunale per alzare la loro mano quando la maggioranza lo richiede e per pronunciare il proprio no, spesso anche senza plausibile motivo, per il solo fatto che appartengono alla minoranza o all'opposizione. Ma la possibilità di prepararsi effettivamente alle sedute e di conoscere effettivamente la situazione comunale è data dal tempo libero a disposizione.

Per questo motivo noi presentiamo due modeste proposte per rafforzare la posizione dei consiglieri comunali, cioè proponiamo l'aumento dei gettoni di presenza a favore dei consiglieri comunali a 50 mila lire. E' pur sempre una cifra modesta, la quale almeno permette di poter consumare prima o dopo la seduta una cena in comune e per fronteggiare determinate spese per potersi così documentare. Inoltre mi sembra che in questo modo si possa rivalutare anche il loro ruolo, non essendo a mio giudizio giusto che i consiglieri comunali lavorino per una miseria, mentre i membri di giunta vengano elevati con questo disegno di legge alla casta dei professionisti della politica.

La seconda proposta è ancor più importante. Lo Stato ha emanato alla fine o verso la metà di dicembre una legge, con la quale si garantisce ai consiglieri comunali, se lavoratori dipendenti, un'intera giornata di libertà per la convocazione del consiglio comunale, per permettere loro di prepararsi, di accedere agli uffici per chiedere la rispettiva documentazione, per poterla studiare ecc. Questa norma di legge dello Stato dovrebbe essere applicata nel nostro caso specifico automaticamente, ad esempio questa è già operante nei confronti dei datori di lavoro privati.

Questa legge dello Stato - ne parleremo più dettagliatamente più avanti, trattasi della legge del 27 dicembre 1985, n. 816 - prevede che i consiglieri comunali possono astenersi dal lavoro per l'arco di

tutta la giornata in cui è convocato il consiglio comunale. Questa legge dovrà valere anche nel nostro caso, vale a dire che si dovrebbe garantire ai consiglieri comunali una migliore possibilità di esercitare con efficacia il loro mandato.

Questo è il nostro punto di vista in merito a questa legge: garantire la democrazia e limitare il professionismo politico, per cui accettiamo il limite massimo, ma desideriamo una maggiore flessibilità, affinché si possano giudicare le effettive esigenze dei comuni, la qual cosa permette di operare in modo differenziato e secondo categorie. La rispettiva responsabilità deve essere assunta dal consiglio comunale. Non possiamo accettare che il sindaco si distacchi dal consiglio comunale rendendosi completamente indipendente. Siamo quindi per un miglioramento delle condizioni di lavoro dei consiglieri comunali, dato che la decisione globale spetta ai singoli consiglieri. La stessa cosa vale anche per i membri dei consigli circoscrizionali dove questi esistono. Si deve riconoscere che i consiglieri comunali sono gli unici che si trovano in stretto contatto con i cittadini in questo marchingegno politico-decisionale-amministrativo. Rendendo con questo disegno di legge ancor più evidente il solco esistente tra giunta e consiglio comunale, si toglie un pezzo di democrazia, di partecipazione alle decisioni ecc. In questo modo i consiglieri comunali diverrebbero ancor più degradati a mere comparse, chiamate unicamente ad alzare la mano.

Desidero concludere il mio contributo al dibattito generale con la insistente preghiera di voler considerare seriamente questi argomenti, confrontandosi, altrimenti approvando questo disegno di legge, così come è stato presentato dalla giunta regionale, imboccheremmo senz'altro la strada non giusta, dato che si tenderebbe verso il professionalismo, il clientelismo del mandato politico, cioè ad un rapporto di offerta e di acquisto. Se il denaro è la spinta verso il mandato politico, maggiore sarà la tendenza a dare corpo alla casta dei politici, che non si riuscirà più a spodestare, anche perché gli interessati dovranno lottare per il loro mandato per motivi esistenziali e di interessi materiali di sopravvivenza. Se un cittadino non esercita la propria professione per 5, 6 o 10 anni ed avendo per questo periodo vissuto soltanto dell'attività politica, sarà sempre più difficile che possa ritornare al solito rapporto di lavoro, alla sua solita professione con i problemi di tutti i giorni. In questo modo la via verso il mandato politico diverrà sempre più irreversibile. Si attuerà una selezione che non verterà più sui principi democratici, ma sulle

capacità di adeguamento, sul conformismo, diciamo pure anche adattamento, assimilazione al professionismo politico. In questo modo la democrazia sarà ulteriormente limitata e posta sempre più nelle mani dei cosiddetti specialisti della politica, che con il tempo formeranno un circolo chiuso. Allora vi sarà un pericolo che ognuno di noi, ritengo, conosca anche dall'esperienza fatta in consiglio regionale. La mia esperienza personale è breve, ho fatto parte di simili associazioni nemmeno 5 anni, ma devo dire che il pericolo di scivolare nel professionismo della politica è molto grande. Non dovremmo pertanto insaponare questa via di per sé precaria, per renderla ancora più scivolosa.

Ringrazio per la loro attenzione per quanto prestatami).

PRESIDENTE: Qualche altro chiede la parola? Il cons. Ferretti, ne ha facoltà.

FERRETTI: Grazie signor Presidente. Come abbiamo detto in Commissione, riteniamo che questo disegno di legge consenta di portare all'interno di un contesto, oggi non definito e legato ad una discrezionalità che diventa spesso politica strumentale, una parola di chiarimento e cioè ritengo che definire, attraverso un disegno di legge, tenendo presente quanto in merito sta facendo lo Stato, le indennità dei consiglieri per gettoni di presenza, del sindaco e di assessori come indennità mensili, rapportandola in misura maggiormente definita a quanto percepisce il segretario di un comune, sia una forma corretta e democratica di emancipazione, ma anche di chiarimento su un argomento che solitamente, come abbiamo sentito anche in quest'aula oggi e l'altro giorno, lascia ampio spazio alle opposizioni per fare demagogia, per fare strumentalizzazione e per evitare a volte di guardare in se stesse e di compiere un esame di coscienza sincero e schietto, se io penso a quelli che sono i rappresentanti dei partiti di opposizione e nel consesso regionale e nei consigli comunali, debbo dire che i partiti di opposizione, che talvolta all'interno di questo consesso parlano in un modo, poi nei consigli comunali razzolano in un altro. Mi spiego.

(Interruzione)

FERRETTI: Voi non ci siete, Marzari, nei consigli comunali dell'Alto Adige perché siete una formazione politica occasionale e contingente, legata alla strumentalità delle indennità che si danno all'interno di

questo Consiglio. Quindi non potete sentirvi offesi. Siccome pareva che tu ti sentissi offeso dal fatto che io ho detto che ci sono dei partiti che si comportano in un modo in questo consesso e invece in un altro all'interno dei consigli comunali, ti dico che non ti riguarda perché la tua formazione politica non esiste.

MARZARI: (interrompe)

FERRETTI: Pareva punto esclamativo, ma comunque mi va bene il punto di domanda. Non ero polemico con nessuno, poi le battute sì lo sono state, ma nel mio dire generale non ero polemico, ma era di valutazione per portare argomentazioni a sostegno del disegno di legge.

Le argomentazioni sono queste. Se io penso ai rappresentanti di certi partiti di opposizione e di destra e di sinistra, tanto per non far torto a nessuno, che siedono sugli scrani dei consigli comunali dell'Alto Adige, non parlo questa volta del Trentino, da decenni e sicuramente non hanno fatto dell'attività politica una professione, ma un impegno non marginale accanto alla loro professione, allora debbo dire che la politica, diversamente da quanto si è sentito dire poco fa, richiede continuità di impegno, una certa professionalità non nel senso di attività esclusiva ed unica, quanto piuttosto nel senso di attività a cui ci si dedica con attenzione, passione e competenza e continuità, professionalità e impostazione di carattere culturale-ideologico fondata, radicata in maniera tale da costituire, anche con la presenza fisica una continuità di riferimento politico che nel tempo produce consensi o dissensi d'opinione, un riferimento visuale, fisico che giova al sistema democratico.

E ho fatto i riferimenti personali e potrei dire anche i partiti dalla destra alla sinistra, per quello che riguarda i consessi dell'Alto Adige...

(Interruzione)

FERRETTI: No, non occorre farli, D'Ambrosio sei troppo aggiornato su questi argomenti perché io li debba fare.

Per testimoniare che ciò che è dato alle opposizioni non può essere che non venga dato anche a chi non ha responsabilità di governo, attraverso un riconoscimento, stante il maggiore impegno fisico, intellettuale, professionale, non può essere che non venga riconosciuto a chi dà delle responsabilità e di conseguenza non può essere che a capo

di un'amministrazione, a seconda degli abitanti e quindi gli scaglionamenti sono rispettosi di quanto avviene anche altrove a livello nazionale, a seconda degli abitanti il capo dell'amministrazione e di conseguenza i suoi collaboratori in giunta comunale non può essere che non abbiano dei compensi adeguati e conformi ai tempi.

E' giusto, a nostro avviso, che si sia cercato di limitare la quota di discrezionalità messa a disposizione del consiglio comunale, cui permane comunque una facoltà di intervento, perchè ci pare che anche i minimi qui previsti siano dei minimi ragionevoli, sotto dei quali si corre il rischio di avere un'amministrazione disattenta, di avere un sindaco e degli amministratori che non hanno la possibilità di dedicare tutto il tempo - pensate che il bilancio della città di Bolzano è vicino ai 400 miliardi - che l'onere dell'impegno amministrativo e politico, nel senso della politica del comune così come si esprime attraverso le decisioni del consiglio comunale, richiede.

E non si tratta di compensi da nababbi, non si tratta di compensi che gridano vendetta rispetto al buon senso corrente, ma si tratta di compensi che proprio perchè sono sotto gli occhi di tutti e vengono valutati qui ed eventualmente i consigli comunali se lo ritengono, possono essere un riferimento anche per altre situazioni di carattere amministrativo con dipendenza politica.

Io non posso credere che qualcuno trovi allettante la professione di sindaco vita natural durante, perchè legata ad un compenso di questo genere, chi dimostra di possedere le capacità intellettuali, oltre che il consenso politico per arrivare a reggere un'amministrazione civica, ritengo che nella vita, come si dà il caso avvenga per quelle che sono le mie conoscenze nei maggiori comuni dell'Alto Adige, quelli che richiedono un impegno cospicuo e quindi un'indennità maggiore, non può darsi il caso che nella vita sia uno sfaticato, un incapace, o alla ricerca della professione. I sindaci che hanno avuto i capoluoghi della nostra Regione sono sindaci che nella vita si erano sempre affermati e si sono affermati e mantengono, al di là del mandato politico, una loro professionalità e una loro dignità, anche di influenza sulla società.

Per questi motivi, per l'evidenza di quanto è già accaduto ci pare di dover sostenere questo disegno di legge e ci sembra che questo possa essere una forma per invitare qualcuno a condizionare, non si sa in quale modo, le amministrazioni a mantenerlo in carica. Evidentemente non è l'indennità che ferma o blocca una persona al suo seggio, è il consenso delle parti politiche ed è il consenso personale che il sindaco

o l'assessore riscuotono all'interno degli organi che riesce a mantenere le persone in determinate situazioni.

Se noi pensiamo anche ai casi di longevità politica; non solo come sindaci, ma come amministratori provinciali e regionali, allora dobbiamo dire che anche queste sono delle indicazioni di democrazia, che la democrazia può volere nel consenso democratico, quindi libero, pluralista, che determinate persone mantengano per lungo tempo posizioni di evidenza e di responsabilità. Ma sarebbe un diminuire la capacità e la fantasia, la creatività e la capacità di controllo delle opposizioni ritenere che queste persone rimangano unicamente in funzione di un beneficio economico, del resto talvolta inferiore a quello che si può godere per eguali livelli di responsabilità in altri posti pubblici e non invece rimangano per portare avanti un discorso politico articolato, così come risulta dalla sintesi che può venire condotta nei luoghi assembleari e nei luoghi di governo, rispettivamente regionale, provinciale o comunale.

Siamo quindi dell'avviso che questa legge contribuisca in modo determinante e almeno per un po' di tempo, fin tanto che il valore del denaro, e ci auguriamo che questo sia per molto tempo, rimane nelle caratteristiche attuali, contribuisca a sgomberare per un po' di tempo il campo da facili demagogie e da provocatorie strumentalizzazioni che possono nuocere alla situazione politica.

Qui sarebbe necessario un richiamo al senso di responsabilità che hanno gli organi di informazione nel riferire quanto accade non solo in questo consesso, l'altra settimana abbiamo sentito che non so quante centinaia di milioni costa questo tabellone, mentre pare costi molto, molto meno...

(Interruzione)

FERRETTI: Langer non parlavo con te, stavolta parlavo con la stampa!

Sarebbe opportuno che la stampa, prima di dare per definitive determinate notizie assumesse informazioni più precise, in maniera tale da non ingenerare. Quest'oggi, per esempio, sul giornale che si stampa a Trento e ha una paginetta per Bolzano c'è scritto che la trasformazione della sala consiliare di Bolzano costa 2 miliardi, mentre è stato detto e scritto a chiare lettere che costa poco più di un miliardo, due miliardi sono il doppio di un miliardo...

(Interruzione)

FERRETTI: Poichè a volte è proprio una certa fretta che induce all'errore, io vorrei richiamare qui gli organi di stampa quando parlano delle indennità degli assessori a comportarsi nello stesso modo con cui in questi giorni si stanno comportando per ciò che riguarda la cassa autonoma di previdenza che possiedono e dire a loro che così come sono bravi a prospettare in apertura dei telegiornali e dei giornali-radio o a scioperare e a mettere nei giornali, in cui scrivono i motivi per cui ritengono di mantenersi un privilegio in nome della libertà di stampa e quindi noi che non abbiamo la cassa autonoma non siamo liberi, perchè abbiamo la cassa normale pubblica, allora in nome della libertà di stampa gradiscono tenersi la cassa autonoma dei giornalisti e via via le altre categorie, con la stessa oggettività con cui si comportano nei confronti dell'opinione pubblica quando hanno da illustrare i loro problemi, chiediamo alla stampa che illustri con serenità quale può essere la situazione del sindaco di Trento, di Bolzano, di Rovereto e di Merano in rapporto alle indennità.

Perchè con troppa facilità si è fatto dello scandalismo su indennità che sono corrispondenti agli emolumenti che percepiscono funzionari o dirigenti che hanno analoghe responsabilità.

Questo va detto senza mezzi termini, perchè riteniamo che la vita politica sia fatta anche di queste chiarezze, di queste indicazioni, in quanto una equa, una giusta informazione, oltre alla ricerca di leggi sempre più equilibrate, sempre più corrispondenti ai tempi possono svelenare, attenuare un certo clima di sfiducia o di diffidenza che talvolta insorge intorno all'operato degli organi di estrazione democratica, quali sono il Consiglio regionale, il Parlamento e le assemblee dei consigli comunali.

Ecco quindi che con motivazioni precipuamente di carattere politico noi sosteniamo questo disegno di legge, lo votiamo e poi altri colleghi del mio gruppo interverranno portando anche l'esperienza personale, diretta di amministratori già dei comuni, in maniera tale da completare il quadro delle convinzioni che caratterizza la D.C. per la proposta di legge che, attraverso la Giunta, viene in questo momento discussa, in maniera tale che anche dalla pluralità degli interventi si percepisca più compiutamente la logica che presiede alle nostre proposte di legge che riguardano e i consigli comunali e la situazione degli enti locali.

PRESIDENTE: Qualche altro chiede di intervenire su questo argomento? Il

cons. Hosp ne ha facultã.

HOSP: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, zum Unterschied vom dem, was etwa vorhin in seiner Rede Kollege Langer gesagt hat, darauf hinweisen zu müssen, daß ich - und hier scheiden sich eben die Geister allein schon von der Warte der Anschauungen her - die Verantwortung der Gemeindeverwalter und natürlich die damit verbundene Verpflichtung der Entschädigung in einer anderen Art und Weise sehe und auch sehen muß, als es beispielsweise vom Kollegen Langer dargelegt worden ist. Ich glaube auch, daß es richtig ist, daß sich dieses Haus nun endlich mit einer konkreten Vorlage befaßt, welche, wie es nur zeitgemäß ist, eine Verbesserung der Aufwandsentschädigung für die Bürgermeister unserer Gemeinden und die Gemeindeverwalter schlechthin betrifft.

Ich persönlich - und ich betone, daß ich hier nicht etwa in Vertretung der Regionalratsfraktion meiner Partei spreche - sondern ich persönlich erachte die Vorschläge der Entschädigung, wie sie in dieser Vorlage verankert sind, noch immer dem hohen Maß und dem hohen Grad an Verantwortung für die Gemeindeverwalter als nicht angemessen. Es ist nur sonderbar, daß sich bestimmt niemand schwer damit tut, festzustellen, daß die Bereiche der Verantwortlichkeit der Bürgermeister und der Gemeindeverwalter in den letzten Jahren zwar massiv zugenommen haben, daß man sich aber weniger Gedanken gemacht hat, ob dieses Maß an Verantwortlichkeit, das die Gemeindeverwalter nun einmal mit der Bürde des Amtes auf sich zu nehmen haben, nicht auch in einer angemessenen Art und Weise, in einer angemessenen Höhe, entschädigen muß.

Lange Zeit war ja sicher das Amt des Gemeindeverwalters ein reines Ehrenamt, und ich weiß auch aus meiner eigenen langjährigen Amtszeit als Bürgermeister, daß ich auch etwa noch zwei, drei oder vier Jahre lang dieses Amt sozusagen als Ehrenamt abgeleistet habe. Gegen Ende des vorigen Jahrzehnts ist dann eine Entschädigung für die Bürgermeister, die anfänglich sicherlich mit dem Amte und mit der Verantwortung durchaus in einem gerechten Ausmaße gestanden hat, vorgesehen worden.

In der Zwischenzeit wissen wir, haben sich die Verhältnisse auch hinsichtlich der starken Inflation der letzten Jahre maßgeblich geändert und die Bürgermeister sind auf einem Entschädigungsplafond gelandet, der einfach, glaube ich, von der Warte der Verantwortlichen aus, nicht mehr hingenommen werden kann.

Ich teile nicht die Meinung des Kollegen Langer, daß mit einer

angemessenen Entschädigung für die Gemeindeverwalter etwa die Verkäuflichkeit oder Käuflichkeit - wie er es irgendwie versucht hat, zu umschreiben - eines politischen Mandats konstatiert würde, denn das würde bedeuten, daß ein Gemeindeverwalter auch ein gediegenes Maß an mangelnder Moral und mangelnder ethischen Auffassung mit seinem Mandat verbindet. Ich glaube, daß dies weder Kollege Langer, aber noch viel weniger ich oder auch andere in diesem Hause irgendeinem der Verantwortungsträger in den Gemeinden zuschieben möchten. Die Mandatare in den Gemeinden, d.h. in diesem Falle geht es ja um die Bürgermeister und um die Assessoren, kämen von diesem Amte nicht mehr weg, wenn sie für das Amt eine angemessene Entschädigung bekämen. Ich glaube über dieses Argument läßt sich wahrhaftig streiten, denn würde man es gelten lassen, dann müßte man bei allen politischen Mandaten anfangen. Dann kämen letztlich nur noch die honorablen, bzw. die begüterten, wie es in den vergangenen Zeiten unserer Geschichte der Fall war, in die Institutionen hinein, die ja schließlich das Sagen haben, bzw. die in demokratischer Form dann auch die Weichen stellen für so wichtige Dinge wie es eben in den Parlamenten, sei es in den kleinsten Formen der Parlamente, in den Kommunen, bis hinauf in den höchsten Formen des Parlamentes, den staatlichen Parlamenten, nun einmal aufgrund eines entsprechenden Auftrages der Verfassung zu geschehen hat.

Somit kann ich einfach in Verbindung mit einer angemesseneren Entschädigung für die Gemeindeverwalter und für die Bürgermeister ganz einfach nicht von jenen negativen Aspekten eines Berufspolitikertums sprechen, wie sie hier heute versucht worden sind, den Gemeindeverwaltern anzudichten. Eine angemessene Entschädigung, eine mit dem Amte und dessen Verantwortung gekoppelte Art und Weise der Entschädigung ist nun einmal in der heutigen Zeit nicht mehr wegzudenken. Denken wir nur daran - vielleicht wissen es nicht alle, weil sie auch nicht die Gelegenheit gehabt haben, als Gemeindeverwalter im unmittelbaren Verantwortungsbereich damit Kontakte zu haben bzw. unmittelbare Erfahrungen zu sammeln -, was in den letzten Jahren an Verantwortlichkeit auf die Bürgermeister und auch auf die ressortmäßig zuständigen Assessoren zugekommen ist. Das ist geradezu eine Inflation, geradezu eine übertriebene Art und Weise, wobei man manchmal fast feststellen muß, daß Gesetzgeber in den verschiedensten Stufen, wenn sie einmal nicht mehr- aus und ein wissen, ganz einfach als Letztverantwortliche den Bürgermeister einsetzen. Diesen Eindruck gewinnt man zumindest sehr oft.

Auf der einen Seite bedeutet sicherlich die Verantwortlichkeit

des Bürgermeisters eine Aufwertung der historischen Institution der Gemeinde als der kleinsten Plattform des gesellschaftlichen Agierens. Auf der anderen Seite aber werden auch die Verwalter und Bürgermeister manchmal sehr allein gelassen in ihren Aufgabenbereichen und werden auch sehr oft dann - wie wir es den Zeitungen entnehmen können - angezeigt, bekommen Schwierigkeiten mit den Gerichtsbehörden, bald da oder dort, aus berechtigten oder unberechtigten Gründen, aus Gründen manchmal auch der falsch verstandenen Opposition, nur um der Opposition willen, um auf den Bürgermeister draufzuhauen.

Bitte, von der Warte der Oppositionellen in den Gemeinden oder auch von der Warte der Oppositionellen in diesem Hause mag manches verständlich klingen. Ich gebe zu, daß sich ein Oppositioneller vom Maße eines Dr. Langer oder seiner Kollegen etwas schwerer tut, für die breitgestreute Verantwortung eines Bürgermeisters oder eines Gemeindeverwalters jenes Verständnis aufzubringen, das gut täte, um eine angemessene Amtsentschädigung rechtfertigen zu können, weil sie ja nie in der Lage waren - das ist keine persönliche Schuld, das ist der Zufall der politischen Konstellationen - nie in der Lage waren, auch effektiv in einer Kommune Verantwortung zu tragen. Dadurch können sie aus dem unmittelbaren Erfahrungsbereich gar nicht wissen, was Verantwortlichkeit in einer Gemeinde bedeutet.

Es gibt heute kaum einen Lebensbereich in einer Gemeinde draußen, kaum einen Lebensbereich des Zusammenlebens im gemeindlichen Bereich, der nicht bei schlechtem Funktionieren - bei gutem Funktionieren lobt niemand, da wird das als selbstverständlich hingegenommen - aber ich sage bei schlechtem Funktionieren einen Schatten zumindest, wenn nicht viel viel mehr auf den Bürgermeister wirft.

Es braucht heute nur in der Gemeinde draußen das Mißgeschick aufzutreten, daß ein Betrieb in Krise gerät und daß das Zittern um die Arbeitsplätze anfängt, was wir ja da und dort, leider Gottes, immer wieder feststellen müssen. Dann reicht sehr oft die Phantasie eines Oppositionellen in den entsprechenden Gemeinderäten nicht viel weiter als zur Feststellung, hier hätte der Bürgermeister versagt. Es muß nur einmal da oder dort - was wir ja alle bedauern - der Fall eintreten, daß wieder einmal einer Familie die Wohnung gekündigt wird und sie von der Gefahr bedroht ist, auf der Straße zu stehen. Schon wird aus der Ecke der Opposition in den gemeindlichen Parlamenten auf den durch demokratische Mehrheit bestimmten Bürgermeister oder entsprechenden Assessor geschossen: er hätte es praktisch vermässelt, er hätte es versäumt, rechtzeitig für diese Familie oder für mehrere Familien nach

einer adäquaten Wohnung Umschau zu halten. Niemand aber sagt dem Verwalter, woher er von heute auf morgen die Mittel, auch die rechtlichen Mittel nehmen soll, um eine solche Wohnung zu beschaffen.

Wenn sich da oder dort Jugendliche mehr in den Diskotheken oder auf den Straßen herumtreiben und sich auch da und dort dem Alkohol oder noch Schlimmerem zuwenden, als Zeichen der Enttäuschung darüber, daß sie vom Wohlstand und anderen Dingen umgeben sind, dann sucht man natürlich zuerst den Verantwortlichen beim Bürgermeister und auch bei seinen Mitarbeitern, den Assessoren.

Wenn beispielsweise - was ich als Bürgermeister ja auch oft erfahren habe - ein Tourist oder auch ein Einheimischer mit seinem Auto irgendwo im Frühling nach einem harten Winter auf einer Asphaltstraße in ein Schlagloch gerät und es ist vielleicht etwas am Auto nicht mehr intakt, es ist der Auspufftopf abgebrochen, dann wird auch der Bürgermeister als Verantwortlicher herangezogen.

Dann muß man manchmal wegen Bagatellen unendlich viel Zeit verlieren, indem man in den Gängen der einzelnen richterlichen Institutionen, sei es beim Bezirksgericht, sei es beim Landesgericht, warten muß, bis man einvernommen wird, sei es auch nur als Zeuge.

Wenn beispielsweise eine Leitplanke schlampig angebracht ist oder gar nicht angebracht ist und es geschieht dort irgend etwas, dann reicht die Phantasie nur so weit, daß man den Bürgermeister als Letztverantwortlichen holt. Wenn beispielsweise eine vereiste Stelle - gerade jetzt im Frühjahr - irgendwo an einer schattigen Kurve sich befindet, weil eben untertags der Schnee zerfließt und dort jemand möglicherweise aus Gründen erhöhter Geschwindigkeit - wer will das schon nachweisen - irgendwo neben der Straße landet, dann holt man sich auch einen Verantwortlichen, nämlich den Bürgermeister. Wenn beispielsweise irgendwo im Bereich der Quellfassungen von Wasserleitungen auch nur ein gewisses, ein kleinstes Übermaß an Kolibakterien in das Trinkwasser gelangt - was sicherlich schädlich ist -, dann reicht die Phantasie nicht nur von seiten der Oppositionellen in diesen Gemeinderäten, sondern sehr oft auch von den Überverantwortlichen an anderen Stellen sehr oft nicht weiter, als eben diesen Bürgermeister vors Gericht zu zitieren. Oder die übergeordnete Sanitätsstelle schickt ein Telegramm und glaubt mit dem Telegramm wäre nun alles erledigt. Als ob der Bürgermeister die Möglichkeit hätte, hinauszugehen und mit dem Löffel die Kolibakterien aus dem Trinkwasser zu schöpfen.

Kurzum, es klingt fast wie eine Ironie des Schicksals, daß es kaum etwas gibt, wofür nicht der Bürgermeister verantwortlich gemacht

wird. Ich rede gar nicht von den sehr subtilen Verantwortungssphären eines Bürgermeisters hinsichtlich seiner staatlichen Aufgaben als Verantwortlicher der Agenden für das Meldeamt. Eine kleinste Fehleintragung, ein kleinster Fehler - bestimmt nicht in beabsichtigter Form - beim Eintippen von Angaben kann im Gefolge hinsichtlich Ausstellung von Unterlagen schwerste gerichtliche Folgen für einen Bürgermeister haben - das ist alles schon da gewesen.

Wenn ein Giftransport durch unser Land rollt und zufällig eine Gemeinde berührt - wie es auch in meinem Gemeindebereich als ehemaligen Bürgermeister der Gemeinde Ritten der Fall war -, dann kriegt man um 2.00 Uhr nachts einen Anruf, es wäre eben auf der Autobahn unten im Eisacktal, eben im Gemeindebereich - in diesem Falle rede ich von der Gemeinde Ritten, aber es gibt viele Gemeinden, die solche Bereiche haben - ein Giftransporter umgekippt. Dann muß man eben antreten und muß dort vor einer Menge von angetretenen Herren, die alle etwas verstehen und die sicherlich alle ihre Kompetenzen haben, so tun, als wäre man da irgendwie der Schuldige dafür, daß da ein Giftransporter umgekippt ist und daß da weiß Gott welche schädliche Substanzen in den Boden eindringen.

Da liegt doch die Fehlerhaftigkeit, der Grundfehler, ganz wo anders, aber der Bürgermeister wird hergeholt und er muß dafür herhalten. Hier ließe sich diese Verantwortlichkeit der Bürgermeister und Gemeindeverwalter fast ins Endlose aufzählen, aber ich nehme an, daß das hier bestimmt nicht notwendig ist, weil sehr viele von Ihnen die bessere Einsicht haben und auch die persönliche Erfahrung aus diesem Bereich der Verwaltungstätigkeit haben und wissen, wie weit man heute immer wieder geradezu nach dem Prinzip "den letzten beißen die Hunde", die Bürgermeister heranzieht.

Deswegen scheinen mir die Äußerungen derjenigen, die gegen eine angemessene Amtsentschädigung für die Verwalter mit den Argumenten des Berufspolitikertums und, weiß Gott, welche anderen Argumenten mehr eintreten - daß man sie nicht mehr von ihren Positionen wegbringt und so weiter und so fort -, einmal ein Affront gegen die Betroffenen, aber einmal auch ein Affront gegen die Wähler zu sein, die wir ja ansonsten immer versuchen zu verwöhnen, zu verhätscheln und ihnen doch auch nicht die Fähigkeit des Denkens absprechen möchten. Die Wähler wissen, glaube ich, sehr wohl was sie tun und sie haben ja das Wort, wenn sie die Gemeinderäte wählen. Aus dem Schoß der Gemeinderäte bis aufs weitere - nicht wahr, sollte es nicht Änderungen geben - werden ja die Assessoren und letztendlich auch der Bürgermeister als Höchstverantwortliche in der

Gemeinde gewählt. Daß diesen Leuten auch eine Entschädigung zusteht, die dieser Verantwortung gleichkommt, erscheint mir nicht nur selbstverständlich, sondern ein selbstverständliches Maß an Gerechtigkeit.

Ich möchte dem zuständigen Assessor selbstverständlich für seine Bemühungen diesbezüglich danken, aber auch der Regionalregierung, daß sie sich jetzt so ernsthaft mit dieser Frage befaßt hat, so daß wir jetzt endlich so weit sind, daß wir uns auch in diesem hohen Hause mit dieser Angelegenheit, mit dieser Regelung, befassen können. Die Entschädigung, ich habe das schon gesagt, wie sie vorgeschlagen ist - und das ist meine persönliche Meinung -, erscheint mir immer noch für die Verantwortung zu tief zu sein. Ich lasse es auch nicht gut gelten, daß man sagt, anderswo im Staate kriegen die Bürgermeister weniger bezahlt.

Ich war neulich bei einem Besuch beim Bürgermeister von Mantua. Er hat mir auch gesagt, was er bekommt und das ist beschämend. So ist es natürlich reihum in den Gemeinden des Staates. Aber das ist kein Maßstab für uns. Ich glaube, insbesondere wir Südtiroler dürfen uns schon einen Maßstab in unserem eigenen Bereich, im deutschsprachigen Bereich, holen. In den Gemeinden in Osterreich, in Bayern oder in der Schweiz - in der Schweiz kenne ich die Umstände ehrlich gesagt nicht -, aber in Osterreich und in Deutschland ist dafür gesorgt, daß nach Maßgabe der mit dem Amt verbundenen Verantwortungsbereiche die Liquidationen der Aufwandsentschädigung erfolgen.

Es ist kein Geheimnis, daß die Bürgermeister Südtirols sich eine Anknüpfung wünschen an die Aufwandsentschädigungen der Regionalratsabgeordneten. Es ist auch kein Geheimnis, daß hier auch unter den Kollegen der Südtiroler Volkspartei - und das glaube ich, ist ganz natürlich - geteilte Meinungen herrschen. Ich glaube aber, ohne den Entscheidungen meiner Fraktion, die wahrscheinlich vom Fraktionsvorsitzenden vorgetragen werden, vorgreifen zu wollen, immer von meiner persönlichen Warte ausgehend, feststellen zu müssen, auch aus Solidarität zu den Bürgermeistern insbesondere Südtirols - und ich bin ja ein Vertreter Südtirols und möchte nicht hier den eigenen Mechanismen und den eigenen Entwicklungen der Freunde im Trentino irgendwie vorweggreifen - glaube ich doch feststellen zu müssen, daß es der Gerechtigkeit sehr nahe käme, wenn man irgendeine Form der Anknüpfung an die Aufwandsentschädigung der Regionalratsabgeordneten finden könnte. Etwa in der Form, wie es die Bürgermeister Südtirols selbst vorschlagen, daß man eben einen Oberbezugspunkt, nämlich die Stadt Bozen, den Bürgermeister der Stadt Bozen, als einen Oberbezugspunkt, beispielsweise

dem etwa 90% einer Aufwandsentschädigung eines Regionalratsabgeordneten zugesprochen werden könnte, schafft und daß dann die anderen Aufwandsentschädigungen je nach Gemeinden gestaffelt in ein Verhältnis gesetzt werden zur Aufwandsentschädigung des Bürgermeisters von Bozen, einer Stadt mit über 100.000 Einwohnern.

Das Amt des Bürgermeisters von Bozen, aber auch jenes der Bürgermeister anderer größerer Städte oder größerer Gemeinden sind Vollzeitpositionen. In der Stadt Bozen beispielsweise - in Trient wird es nicht anders sein - ist ein Assessor, wenn er die Aufgabe umfassend machen will, ohne Zweifel ebenfalls vollzeitlich gefordert. Aus diesem Grunde ist es auch ein Gebot der Solidarität von unserer Seite hier als Regionalratsabgeordnete, den Bürgermeistern, wenn man schon hier eine Änderung des Gesetzes, was mir gerecht erscheint, anstrebt, in einer Art und Weise entgegenzukommen, die sich sehen lassen kann.

Aus all diesen Gründen ersuche ich um Verständnis, insbesondere jene Kollegen, die sich noch nicht aus der Opposition, die sich vor allem noch nicht zu ähnlichen Meinungen durchzuringen vermögen, wie ich sie mir erlaubt habe, auch von der Seite eines Erfahrungsträgers hinsichtlich Gemeindeverwaltung hier vorzutragen, daß sie doch ihre Meinung weitestgehend ändern und anerkennen. Für ein so hohes Maß an Verantwortung, wie es die Bürgermeister haben, bedarf es auch eine derzeit und den Zeitläufen entsprechende Entschädigung.

Ich möchte niemanden in diesem Hause zu nahe kommen, zu nahe treten oder gar beleidigen, aber ich erlaube mir zu sagen, daß das Amt eines Abgeordneten des Regionalrats bzw. des Landtages, wenn damit kein anderes Amt verbunden ist, etwa ein Amt eines Mitglieds der Regierung - das ist was ganz anderes, dort spührt man die Verantwortung selbstverständlich in einem ähnlichen Ausmaße mit anderen Vorzeichen, wie ich es für die Verwalter der Gemeinde dargelegt habe -, wenn einer aber nur Abgeordneter des Regionalrates bzw. natürlich des Landtages ist, dann ist, und das wird mir auch keiner bestreiten, kein annähernd so großer Verantwortungsbereich gegeben, wie es der eines Bürgermeisters ist. Im Gegenteil, der Regionalratsabgeordnete - und das ist richtig und das müßte noch stärker in der Verfassung verankert sein - hat, wie uns ja verschiedentlich, zuletzt auch im Falle von unserer Kollegin Eva Klotz, verschiedentlich und zu recht bestätigt worden ist, eine weitgehende Diskretionalität in der Treffung von Feststellungen hinsichtlich vermuteter oder auch tatsächlicher Mißstände, hinsichtlich von Sachverhalten und persönlichem Verhalten, ohne daß er deswegen Gefahr laufen müßte, vor das Gericht zitiert zu werden. Ich betone, das ist

richtig, das muß höchste parlamentarische Einrichtung sein und ist vielleicht in unserem Falle noch zu wenig verfassungsmäßig verankert.

Das sage ich aber nur, um herauszustreichen, um wieviel weniger wir in Ausübung unseres Amtes als nur Abgeordnete zur Rechenschaft, zur Verantwortung gezogen werden können, im Gegenteil, man kann hier auch allerhand Dinge in die Welt setzen, die man weiß Gott nicht einmal recherchiert hat, sondern irgend welchen Leuten nachplappert. Sie werden einem zugetragen und dann werden sie hier in Anfragen gekleidet, von hier aus wird eher oft dazu beigetragen, daß man jemanden beleidigt, aber nicht, daß man selbst zur Verantwortung gezogen wird. Da hat man eine gewisse Freiheit, die eben im Rahmen der parlamentarischen Gepflogenheiten auch sicherlich richtig ist.

Das möchte ich festgestellt haben. Die Verantwortung der Gemeindeverwalter, der Bürgermeister an der Spitze, ist eine ungleich schwerere und deswegen ist es einfach eine Frage des guten Geschmacks, des Gewissens, der Solidarität, wie man die Verwalter künftig - wenn wir jetzt schon soweit sind, darüber entscheiden zu können -, hinsichtlich ihrer Aufwandsentschädigung behandelt.

(Signor Presidente, colleghe e colleghi, a differenza di quanto ha affermato il collega Langer nel suo intervento, credo di dover indicare - e qui già si differenziano gli spiriti, dal punto di vista generale - la responsabilità degli amministratori comunali e naturalmente l'impegno connesso all'indennità, per cui sono costretto a considerare la problematica in modo completamente diverso dal collega Langer. Credo sia giusto che questo consesso si confronti finalmente con un disegno di legge concreto, che concerne un miglioramento dell'indennità di carica per i sindaci e gli amministratori dei nostri comuni.

Personalmente - desidero sottolineare che non parlo in questo momento a nome del mio gruppo consiliare -, ritengo le proposte dell'indennità, come risultano dal disegno di legge, non rispondenti all'alto grado di responsabilità che gli amministratori comunali devono assumersi. E' curioso il fatto che nessuno abbia difficoltà a constatare come in questi ultimi anni la sfera delle responsabilità dei sindaci e degli amministratori comunali sia massicciamente aumentata, mentre si è meno disposti a considerare se questo alto grado di responsabilità, che gli amministratori comunali devono assumersi, debba essere retribuito in modo adeguato.

Per molto tempo l'ufficio dell'amministratore comunale è stato un ufficio onorario, so questo per mia personale esperienza, dato che

per due, tre o quattro anni ho ricoperto la carica di sindaco per così dire a titolo onorario. Verso la fine dello scorso decennio è stata prevista un'indennità per il sindaco che all'inizio non si trovava certamente in giusto rapporto con la responsabilità che tale ufficio comportava.

Nel frattempo sappiamo che le condizioni sono assai mutate anche in seguito alla forte inflazione degli ultimi anni, per cui l'indennità dei sindaci è scesa ad un livello tale, che dal punto di vista della rispettiva responsabilità ritengo non possa più essere accettato.

Non condivido l'opinione del collega Langer che una indennità adeguata a favore degli amministratori comunali renderebbe "commerciabile" un mandato politico, come egli ha cercato in certo qual modo di descrivere, poichè se così fosse ciò significherebbe che un amministratore comunale mancherebbe in grande misura di morale e di concezione etica del suo mandato. Ritengo che nè il cons. Langer nè altri dei presenti in questo consesso intendono ascrivere simili cose a qualcuno dei titolari delle responsabilità dei nostri comuni. I titolari di un mandato politico, nel caso specifico trattasi dei sindaci e degli assessori comunali, non sarebbero più disposti a lasciare tale ufficio qualora offrissimo loro un'indennità adeguata. Credo che su questo argomento si potrebbe veramente dibattere a lungo, perchè, se tale visione fosse vera, si dovrebbe iniziare a discutere tutti i mandati politici. In questo caso verrebbero nuovamente alla ribalta, nelle istituzioni, soltanto i cittadini benestanti, come la storia del nostro tempo passato narra, le quali istituzioni sono chiamate a predisporre la via in forma democratica per l'attuazione di cose importanti, come deve avvenire a norma della Costituzione in tutti i parlamenti, anche nelle più piccole forme di questi, nei comuni fino su alle massime cariche dei parlamenti nazionali.

In relazione ad una indennità adeguata a favore degli amministratori comunali e dei sindaci non riesco a connettere quegli aspetti negativi di un professionista della politica, come oggi si è cercato di attribuire agli amministratori comunali. Una indennità adeguata, una retribuzione collegata all'impegno ed alla responsabilità dell'ufficio ricoperto è oggigiorno la cosa più logica e naturale. Si cerchi di considerare - forse molti non lo sanno, non avendo avuto l'occasione di avere immediati contatti con la sfera di responsabilità di un amministratore comunale, ossia non hanno avuto la possibilità di raccogliere a tal proposito esperienze - quanto è aumentata in questi

ultimi anni la responsabilità dei sindaci e degli assessori per la loro sfera di competenza. Si tratta di una vera e propria inflazione, un modo direi esagerato e talvolta si deve constatare che il legislatore nei vari gradi dell'amministrazione, non sapendo più a chi attribuire la responsabilità, considera l'ultimo responsabile il sindaco. Questa impressione la si evince un po' troppo spesso.

Attribuire la responsabilità al sindaco significa senz'altro da una parte rivalutare l'istituzione storica del comune, quale la più piccola piattaforma dell'agire della società, ma talvolta gli amministratori sono abbandonati a loro stessi nell'ambito della sfera delle loro competenze, anche quando, come spesso apprendiamo dalla stampa, si pongono a loro carico denunce o vengono a trovarsi in difficoltà con l'autorità giudiziaria a torto o a ragione, e spesso soltanto per una cattiva interpretazione della funzione dell'opposizione, spesso per l'unica volontà di questa o per il solo scopo di dare addosso al sindaco.

Dal punto di vista dell'opposizione, nei comuni o anche in questo consesso, certe cose possono essere anche comprensibili. Ammetto che un oppositore del calibro di un Dr. Langer o dei suoi colleghi trovino una certa difficoltà a comprendere l'ampia responsabilità di un sindaco o di un amministratore comunale, la qual cosa gli permetterebbe di giustificare un'adeguata indennità di carica, ma non ne hanno mai avuto la possibilità - non è una colpa personale, è il caso della costellazione politica - di assumersi responsabilità in un comune e non possono pertanto conoscere le difficoltà per diretta esperienza, ciò che significa avere la responsabilità pubblica in un ente comunale.

In un comune non esiste oggi un settore della vita, non esiste alcun settore della convivenza che non getti un'ombra sul sindaco, se non addirittura molto, ma molto di più, nel caso le cose non funzionino, mentre quando queste funzionano nessuno esprime lodi, dato che tutto è dovuto.

E' sufficiente che in un qualsiasi comune si verifichi una crisi per un'azienda e che si tema di perdere i posti di lavoro, come purtroppo dobbiamo spesso constatare qui e là, che la fantasia di un oppositore nel rispettivo consiglio comunale non sa fare di meglio che di indicare come responsabile il sindaco, che avrebbe fallito, a suo dire, la propria azione politica. E' sufficiente che qui e là, come spesso avviene, una famiglia debba subire uno sfratto rischiando anche di trovarsi in mezzo alla strada e già da qualche angolo del consiglio comunale si spara contro il sindaco o il rispettivo assessore

competente, eletti dalla maggioranza democratica: egli stesso sarebbe l'unico responsabile, in quanto non si sarebbe dato sufficientemente da fare in tempo utile a trovare per quella o più famiglie un'abitazione adeguata, ma nessuno indica all'amministratore dove avrebbe potuto procurarsi dall'oggi al domani i mezzi, anche i mezzi giuridici, per procurare il necessario alloggio.

Se in qualche località i giovani rivolgono la loro attenzione alle discoteche o trascorrono molto tempo sulle strade, ricorrendo all'alcool o ancora a qualche cosa di peggio, come segno della loro delusione, vedendosi circondati dal benessere e da altre cose a loro irraggiungibili, come primo responsabile viene sempre indicato il sindaco con i suoi assessori.

Ad esempio, se in primavera un turista oppure un allogeno dopo un rigido inverno, percorrendo una strada comunale incappa con la sua autovettura in una buca che il gelo aveva provocato, procurandosi così anche dei danni alla propria autovettura, diciamo al tubo di scappamento, anche in tal caso si pretende che il sindaco ne risponda e posso dire di aver fatto personalmente, come primo cittadino, questa esperienza.

Spesso per vere e proprie bagatelle si è costretti a perdere enorme tempo attendendo sui corridoi delle singole istituzioni giudiziarie, sia nelle preture come anche nel tribunale per poter essere finalmente sentito, anche soltanto come teste.

Se ad esempio un guardrail è stato applicato in modo non perfetto o in caso di mancanza di questo e per disgrazia in quel punto dovesse accadere un qualche cosa, la fantasia è tale che si va a prendersi il sindaco come ultimo responsabile. Se ad esempio un punto di una strada si presenta gelato - proprio adesso in primavera - perché si trova in una curva all'ombra e durante il giorno si scioglie la neve, se in quel punto succede un incidente, possibilmente per la velocità sostenuta del mezzo - chi è in grado di dimostrare il contrario - anche in questo caso si va alla ricerca del responsabile, cioè del sindaco. Se ad esempio nelle vicinanze delle prese dell'acqua potabile una certa quantità, poco più del tollerabile, di batteri penetrano nell'impianto idrico, la qual cosa è senz'altro dannosa, non solo gli oppositori nei consigli comunali non trovano di meglio, ma anche le istanze superiori non hanno migliore fantasia, che denunciare il sindaco. Oppure l'autorità sanitaria superiore invia semplicemente un telegramma, credendo di aver adempiuto al proprio dovere, come se il sindaco avesse la possibilità di recarsi sul posto e togliere con il cucchiaino i

batteri in questione.

Sembra che sia l'ironia della sorte, poichè non esiste quasi nulla al mondo per la qual cosa non possa essere reso responsabile il sindaco. Non parlo delle sottili sfere di responsabilità del sindaco riguardo i compiti statali quale responsabile degli agenti per l'anagrafe. La minima registrazione erronea, il minimo errore - certamente non volontario - nell'inserire i dati nel sistema informatico può avere per un sindaco al momento dell'emissione di documenti ecc. le più gravi conseguenze giudiziarie. Tutto questo è già accaduto.

Quando un trasporto di sostanze venefiche attraversa la nostra provincia toccando per caso un comune - come è accaduto nell'ambito del comune di Renon, in cui ero io sindaco - si può essere anche svegliati alle due di notte per essere avvertiti che sull'autostrada, nell'ambito del territorio del comune - nel caso specifico parlo del comune di Renon, ma ci sono anche molti altri comuni che hanno una competenza territoriale di questo genere - si è rovesciato un autotreno che trasportava sostanze venefiche. Ci si deve quindi alzare e presentarsi davanti ad uno stuolo di persone nel frattempo convenute, delle quali tutte hanno qualche conoscenza specifica in materia, avranno senz'altro le loro competenze, e si comportano come se il sindaco fosse in certo qual modo il colpevole che questo autotreno si sia capovolto, per cui chissà quali sostanze dannose stanno penetrando nel terreno.

L'errore di fondo trovasi in tutt'altra parte, ma si convoca comunque il sindaco che deve provvedere. Si potrebbe elencare fino all'infinito le responsabilità dei sindaci e degli amministratori comunali, ma ritengo che qui non sia necessario, perchè molti dei presenti possiedono una migliore conoscenza forse anche per esperienze personali fatte in questo settore dell'amministrazione e sanno fino a che punto si rendono responsabili i sindaci secondo il principio che "gli ultimi sono azzannati dai cani".

Per questo motivo la formazione di coloro, che si oppongono ad una indennità di carica adeguata a favore degli amministratori, portando in campo argomenti come il professionismo della politica e chissà quante altre argomentazioni ancora - che non si riesce poi più a scaltarli da quella posizione ecc. - rappresenta innanzitutto un affronto contro gli interessati, ma anche contro gli stessi elettori che noi cercheremmo sempre di viziare e di coccolare, mentre io non intendo negare loro la capacità del libero pensare. Gli elettori sanno benissimo ciò che fanno e a loro spetta la parola al momento di scegliere i propri consiglieri comunali. Gli amministratori comunali e gli stessi sindaci, quali

massimi responsabili del comune, sono eletti in seno ai consigli comunali e fino a prova contraria in tal senso non dovrebbero esservi modifiche. Il fatto che a queste persone compete una indennità adeguata alla loro responsabilità, mi sembra non soltanto naturale, ma anche giusto.

Vorrei ringraziare il competente assessore regionale per le sue premure, estendendo questo mio ringraziamento pure alla Giunta regionale per aver affrontato con serietà questo problema, di modo che il nostro consesso possa finalmente confrontarsi con la prospettata regolamentazione. L'indennità, ribadisco, che è una mia opinione personale, così come ci viene proposta appare ancora insufficiente, se rapportata alle rispettive responsabilità. Non accetto neppure l'affermazione che nel rimanente territorio dello Stato i sindaci percepirebbero importi ancora minori.

Ho visitato recentemente il sindaco di Mantova e mi ha voluto far vedere la sua indennità di carica, che deve essere ritenuta vergognosa. Tale situazione è generalizzata nei comuni dello Stato, ma questa per noi non può essere una misura. Credo invece che noi sudtirolesi siamo autorizzati ad attingere il metro nel nostro stesso settore, cioè nelle aree di lingua tedesca. Nei comuni austriaci, in quelli della Baviera o della Svizzera - per dire il vero non conosco le situazioni svizzere - ma comunque in Austria ed in Germania è garantito che le indennità di carica vengono liquidate sulla base della responsabilità connessa all'ufficio pubblico.

Non è un mistero che i sindaci dell'Alto Adige desiderano un'indennità agganciata a quella dei consiglieri regionali. Non è un mistero che fra i colleghi del S.V.P. a tal proposito esistono delle divergenze e credo che sia anche una cosa naturale, ma ritengo, senza voler anticipare le decisioni del mio gruppo consiliare, che saranno esposte probabilmente dal capogruppo, di dover constatare dal mio punto di vista, anche per solidarietà nei confronti dei sindaci almeno dell'Alto Adige - io sono rappresentante del Sudtirolo e non desidero intervenire eventualmente nei meccanismi e negli sviluppi propri degli amici del Trentino - ma comunque credo di dover constatare che ci avvicineremmo molto al senso di giustizia, se potessimo trovare modo e maniera per agganciare l'indennità dei sindaci a quella dei consiglieri regionali. Forse nella forma come i sindaci dell'Alto Adige stessi propongono, cioè ponendo la città di Bolzano, il sindaco della città di Bolzano, come punto di riferimento massimo, concedendogli il 90% dell'indennità consiliare regionale e graduando poi gli altri comuni in

rapporto all'indennità del sindaco di Bolzano, di una città che supera i 100 mila abitanti.

L'ufficio del sindaco di Bolzano, come pure delle altre città maggiori richiedono l'impegno a tempo pieno. Nella città di Bolzano ad esempio - a Trento non sarà molto diverso - un assessore comunale che vuole adempiere ai propri compiti nel migliore dei modi è impegnato senza dubbio a tempo pieno. Per questo motivo è una doverosa solidarietà venire loro incontro nella nostra qualità di consiglieri regionali, dato che stiamo modificando una legge, la qual cosa mi sembra equa e giusta.

Per questi motivi chiedo di voler comprendere, prego soprattutto quei colleghi che dai banchi dell'opposizione non intendono esprimere opinioni simili a quelle da me ora esposte, dal punto di vista di un cittadino che ha fatto le proprie esperienze riguardo l'amministrazione comunale, di voler modificare nel modo più ampio la loro opinione, riconoscendo che per la responsabilità che i sindaci devono assumersi è necessario offrire una indennità di carica adeguata ai tempi attuali.

Non intendo avvicinarmi troppo con il mio pensiero a nessuno dei presenti e non intendo pronunciare offese, ma mi permetto di dire che, se un consigliere regionale o provinciale non ha altra carica oltre a questo mandato, se quindi non deve assumersi responsabilità di giunta - è tutt'altra cosa, ivi la responsabilità si fa naturalmente sentire in maniera simile, ma con altri attributi, come è stata da me esposta per gli amministratori comunali - ma se un cittadino è soltanto consigliere regionale e provinciale, nessuno potrà negare che il suo ambito di responsabilità non si avvicina a quello così ampio del sindaco. Anzi, il consigliere regionale - è giusto e ciò dovrebbe essere maggiormente ancorato nella Costituzione - dispone, come in modi diversi ci è stato confermato, recentemente anche nel caso della nostra collega Eva Klotz, dispone, ribadisco, di una ampia discrezionalità nel fare constatazioni riguardo abusi presunti od effettivi, riguardo a dati di fatto o atteggiamenti personali, senza correre il rischio di ottenere una citazione davanti al Tribunale. Ripeto che tutto questo è giusto, fa parte del massimo istituto parlamentare e nel nostro caso è forse troppo poco ancorato nella Costituzione.

Dico questo per sottolineare quanto poco rischiamo nell'esercizio del nostro mandato come consiglieri ad essere chiamati a rendere conto, a rispondere sotto propria responsabilità, anzi vorrei dire che qui si possono fare molte affermazioni, senza conoscerle di scienza propria, ripetendo quanto dicono altri, senza doverne

rispondere. Sono affermazioni che si ammantano in forma di interrogazioni, accade addirittura che si possa offendere qualcuno, ma non dobbiamo rispondere di queste nostre affermazioni. Disponiamo di una certa libertà che fa parte dell'uso parlamentare, il che anche mi sembra giusto.

Desideravo fare queste constatazioni. La responsabilità degli amministratori comunali, dei sindaci innanzitutto, è grave e non può essere paragonata a quella nostra, per cui è questione di buon gusto, di coscienza e di solidarietà determinare quale trattamento si intenda in futuro offrire in materia di indennità agli amministratori comunali, dal momento che ci troviamo nella possibilità di decidere in merito).

PRESIDENTE: Ha chiesto di parlare il cons. Boesso, per la seconda volta. Ne ha facoltà.

BOESSO: Signor Presidente, onorevoli colleghi, io premetto che in Alto Adige non ho nè sindaci, nè assessori da difendere perchè il PRI non ne ha, però condivido in pieno l'esposizione fatta dal cons. Hosp, che è stato sindaco di Renon, uomo responsabile perchè vedo che vive il problema e dirò che se facesse un emendamento per migliorare i compensi previsti dalla legge, lo voterei.

Detto questo, bisogna pensare che i comuni sono aziende che amministrano miliardi, il comune di Bolzano ha un bilancio che supera i 100 miliardi e ha 2.200 dipendenti e un sindaco che lavora a tempo pieno. Ma signori andate in qualche banca, andate nelle aziende che hanno 300 dipendenti, andate nelle assicurazioni che abbiano un valente luminoso responsabile di una azienda privata, ci sono altri trattamenti e forse minore impegno.

Purtroppo i politici, e questo è il male, provengono o sono ex maestri, o dipendenti provinciali o regionali, sono sempre stati mal pagati nella loro vita, vengono a fare i politici con una certa avversione presso queste responsabilità ingenti. Io vorrei che qui in Consiglio ci fossero 20 ex dirigenti di azienda, allora certi discorsi non si porrebbero nemmeno, mentre ora si fa della demagogia e si afferma: non diamo soldi ai sindaci, non paghiamo i consiglieri comunali, non paghiamo i soldi ai gruppi in Alto Adige!

Con i politici non si deve cercare di fare della falsa pubblicità per risparmiare il mezzo milione, amministrano il nostro bene, sono al vertice delle nostre fortune, un cattivo sindaco e cattivi assessori possono danneggiare la comunità di una città, possono

sbagliare gli investimenti, possono prevedere sciagure anche in ecologia, hanno delle responsabilità grossissime, come hanno responsabilità le giunte provinciali di Trento e di Bolzano e quella regionale.

Signori chiamoci nella realtà di queste responsabilità e devo sorridere quando si parla di un milione e ottocentomila o due milioni, che oggi giorno è il compenso di un usciere, se fa qualche straordinario...

(Interruzione)

BOESSO: Ho detto, caro D'Ambrosio, perchè anche tu sei sempre stato mal pagato quando facevi il ferroviere, benissimo io ho fatto il dirigente per 30 anni e sono sempre stato ben pagato, per Dio, che colpa se ho un'altra visione dell'economia. Io sono favorevole acchè tutti siano ben pagati, ma non si può scaricare sul politico questa frustrazione; se un maestro è sempre stato mal pagato, non può venire a fare il politico per diventare l'antiretribuzione. La professionalità va pagata sia nell'industria, sia in politica ecc. perchè i comuni con le responsabilità che hanno, sono aziende e c'è una responsabilità diretta anche penale del sindaco e degli assessori, come c'è la responsabilità penale delle giunte.

Pertanto non discutiamo e non facciamo della falsa demagogia dicendo di togliere, diminuire, io capisco quando ho affermato che le contribuzioni per i revisori dei conti delle U.S.L. erano soldi sprecati; ma signori quelli vanno una volta o due al mese a fare le due ore di revisione; in quel caso si devono dare i 2 milioni ed ha fatto bene la Giunta, anche se poi il Governo non ha accettato la legge per un vizio, di fissare un minimo per 50 mila lire, ma dove c'è il tempo pieno, l'impegno, l'intelligenza, la professionalità acquisita per l'esercizio di altre professioni e che porta nell'ambito dell'esecutivo dei benefici, trovo assurdo contrastare i contenuti finanziari di questa legge, che, ripeto, dovrebbe essere migliorata. Ha detto bene il cons. Hosp che fa tenerezza vedere il sindaco di Mantova, come a me faceva tenerezza il mio collega Bolognini che con 900 mila lire al mese faceva il sindaco di Bolzano, ma se avesse fatto il funzionario della Provincia ne avrebbe prese un milione e mezzo. Certo che fanno tenerezza questi uomini.

Bisogna essere seri, non si facciano falsi slogans per acchiappare qualche voto qua e là! Non credete che le competenze dei

consiglieri regionali e della giunta e dei sindaci rovinano i bilanci, è ridicolo!

Certo che elettoralmente fa un certo effetto, ma noi siamo repubblicani, siamo vigili contro le cattive spese, non abbiamo sindaci nè assessori da difendere e forse per questo siamo meno interessati e possiamo fare una critica seria.

Sono favorevole, ho voluto spezzare una lancia per la seconda volta e se il cons. Hosp, sia pure a titolo personale, presentasse un emendamento migliorativo mi dichiarerei favorevole.

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il cons. Pahl. Ne ha facoltà.

PAHL: Herr Präsident! Wir befinden uns in einer Diskussion über eine sehr wichtige Angelegenheit und wie üblich hat der Kollege Langer die Gelegenheit wahrgenommen und versucht, wiederum aus seiner grundsätzlich abwertenden Haltung allen vom Volke Gewählten gegenüber, Kapital zu schlagen.

Er hat im Zusammenhang mit der Aufwandsentschädigung und von der möglichen Käuflichkeit der betreffenden Gewählten, also der Bürgermeister, gesprochen und damit wieder einmal, gerade durch diesen Begriff, gezeigt, daß ihm nicht im mindesten an einem doch mehr als notwendigen Respekt vor der Wahlentscheidung der Bevölkerung liegt. Denn dieses Wort Käuflichkeit im Zusammenhang mit einer mehr als dringend notwendigen Aufbesserung der Aufwandsentschädigung zu bringen, zeigt nur, daß man in der Bevölkerung sich Freunde schaffen will, indem man die demokratisch Gewählten systematisch abwertet. Das ist allerdings nichts neues bei dieser Partei, sondern gehört zu ihrem nihilistischen System.

Die Amtsentschädigung der Bürgermeister, wie sie hier in dieser Vorlage aufscheint, ist mehr als gerechtfertigt. Man könnte durchaus auch der Meinung sein, daß noch eine bessere Entschädigung sinnvoll wäre. Es ist aber nicht zu übersehen, daß sie eine deutliche Verbesserung bringt, gegenüber dem, was bisher erfolgt war. Denn die Aufgabenbereiche der Bürgermeister sind in den letzten Jahren ganz erheblich gestiegen. Sie werden heute verantwortlich gemacht für die kleinsten Kleinigkeiten, auch für Dinge, für die ein Normaldenkender eigentlich niemals einen Bürgermeister zur Rechenschaft ziehen sollte.

Trotzdem tendiert man in der Öffentlichkeit, gerade auch in der Rechtsprechung immer mehr dazu, sich auf die demokratisch Gewählten, auf die Bürgermeister zu berufen und sie für Dinge haftbar zu machen und

auch haften zu lassen, für die eigentlich nach einem guten Hausverstand eine solche Haftbarmachung nicht erfolgen dürfte.

Die Belastung der Bürgermeister hat also nicht nur arbeitsmäßig zugenommen, sondern auch im Bereich ihrer Verantwortlichkeit für alles und jedes. Die zeitliche Beanspruchung der Bürgermeister ist damit deutlich gestiegen. Eine immer größere Anzahl von Kenntnissen in verschiedensten Fachbereichen wird gefordert. Sie müßten praktisch mehr oder weniger ausgebildete Juristen sein, sich auch in allen Bereichen der Juristerei auskennen, sie sollten perfekte Kenner der verschiedensten Landesgesetze sein, sie sollten sich auch in Fragen auskennen, die eigentlich nur die privaten Sorgen der Bürger betreffen. Immer mehr trägt man an sie Erwartungen und Wünsche heran, die eigentlich mehr als eine Zumutung darstellen. Das ist eine Zeittendenz und hängt damit zusammen, daß wir in der Bevölkerung, wenn auch weniger draußen in der Landbevölkerung, vor allem aber in den städtischen Gebieten eine Neigung haben, für alles und jedes die öffentliche Hand herbeizuziehen. Sei es für Subventionen wie auch für mehr oder weniger private Hilfen sollten öffentliche Verwalter, ganz allgemein öffentliche Ämter, die öffentliche Hand, einspringen.

Dieser Entwurf ist also alles in allem eine sehr deutliche Verbesserung und es ist in diesem Zusammenhang dem bewährten Mitglied der Regionalregierung, Herrn Assessor a Beccara, herzlichst zu danken für die außerordentlichen Bemühungen und für die fundierte Sachkenntnis, die ihn stets ausgezeichnet hat und mit der er diesen Entwurf auch nach all den Diskussionen, nach vielen Einwänden, die letztlich auch in einigen Teilen zu einer Verbesserung geführt haben, zustande gebracht hat. Dem Herrn Assessor möchte ich also von meiner Seite einen persönlichen Dank aussprechen.

(Signor Presidente, stiamo svolgendo una discussione su un argomento assai importante e come al solito il collega Langer ha colto l'occasione per cercare di procurarsi un capitale politico, assumendo fondamentalmente una posizione degradante nei confronti di tutti gli eletti dal popolo.

In relazione all'indennità di carica egli ha parlato dei possibili clientelismi che riguardano i cittadini eletti, vale a dire i sindaci, dimostrando nuovamente, proprio attraverso questo concetto, di non rispettare minimamente, come sarebbe necessario, la decisione degli elettori. La parola "clientelismo" pronunciata in relazione ad un assolutamente necessario miglioramento dell'indennità di carica indica

che nell'ambito della popolazione egli cerca amici, degradando sistematicamente i cittadini eletti democraticamente. Ciò non è nuovo per questo partito, poichè simili posizioni fanno parte del suo sistema nihilista.

L'indennità di carica dei sindaci come viene proposta in questo disegno di legge è più che giustificata. Si potrebbe esprimere anche l'opinione che una indennità ancora migliore sarebbe opportuna, ma non si può certamente tralasciare il fatto che porta comunque sensibili miglioramenti rispetto alla situazione precedente. La sfera delle competenze dei sindaci è aumentata sensibilmente in questi ultimi anni, sono infatti responsabili anche per le cose più insignificanti, per le quali un cittadino con intelletto normale non dovrebbe mai responsabilizzare un sindaco.

Ciò nonostante nella vita pubblica si tende richiamarsi ai cittadini eletti democraticamente ed ai sindaci, proprio e sempre più nelle sedi giudiziarie, rendendoli responsabili per fatti, per i quali ragionevolmente non si dovrebbe loro attribuire alcuna responsabilità.

L'onere a carico dei sindaci non riguarda soltanto il lavoro, ma anche la sfera delle responsabilità che sono generalizzate. Anche il tempo che un sindaco deve dedicare alla carica pubblica è evidentemente aumentato e sono richieste sempre in misura maggiore conoscenze nei vari settori. I sindaci dovrebbero essere praticamente dei giuristi esperti, conoscere perfettamente le varie leggi provinciali e sapersi muovere in questioni che riguardano in realtà le preoccupazioni private dei cittadini. Crescono le aspettative ed i desideri che in definitiva rappresentano più che altro delle vere e proprie pretese. E' questa una tendenza dei tempi attuali che si nota più nella popolazione delle città che in quella della periferia, rivolgersi per ogni problema all'amministrazione pubblica, sia che si tratti di sovvenzioni, sia di aiuti privati, per i quali si invoca l'aiuto degli amministratori e degli uffici pubblici.

Il disegno di legge rappresenta pertanto un sensibile miglioramento e a tal proposito si deve esprimere il cordiale ringraziamento al membro della Giunta regionale, al signor assessore a Beccara, per le sue straordinarie premure e per la conoscenza profonda della materia che lo ha sempre contraddistinto, essendo egli riuscito ad elaborare questo provvedimento dopo animate discussioni ed obiezioni, che hanno contribuito a migliorare il disegno di legge in alcuni punti. Vorrei esprimere al signor assessore il mio personale ringraziamento).

PRESIDENTE: Ha chiesto di parlare il cons. Rella. Ne ha facoltà.

RELLA: Grazie signor Presidente. Vorrei dire al collega Hosp, di cui ho seguito con attenzione l'intervento, che non ho quello, che lui ha ritenuto essere un possibile tallone d'Achille nella scarsa conoscenza dei problemi e delle caratteristiche che riguardano l'impegno, il ruolo dei sindaci. Egli dice che le minoranze non hanno questa conoscenza, questa percezione, questa sensibilità, ma a me pare che così non sia, perchè gli interventi fatti da parte dei rappresentanti delle forze di minoranza e di opposizione si sono finora orientati verso una valorizzazione dell'ente e dei loro responsabili.

Ma per quel che mi riguarda vorrei tranquillizzarlo che parlerò con cognizione di causa in quanto ho avuto in parte la sfortuna e in parte la fortuna di fare il sindaco per dieci anni e di essere stato rappresentante nazionale nella giunta esecutiva dell'associazione di 4.350 comuni, in cui inutilmente abbiamo tentato di far progredire questa legge, trovando serie rigidità e opposizioni; in particolare in Trentino-Alto Adige esiste un vizio, che deve essere superato con un ottica ben diversa da quella impronta, che caratterizza questa legge. Tant'è che la nostra posizione, la proposta che noi abbiamo concretizzato attraverso alcuni emendamenti già depositati per la trattazione, prevediamo non solo un maggior rispetto della funzione del consiglio comunale a determinare l'andamento dei lavori e la responsabilizzazione dei propri amministratori, ma prevediamo - e questo mi pare l'elemento importante e distintivo - l'eliminazione di rigidità verso il basso, nel senso che nel rispetto del tempo e del lavoro - così dice la legge - richiesto all'amministratore locale per lo svolgimento del proprio mandato, il consiglio comunale deve poter fare questa valutazione sia verso il basso, sia verso l'alto. L'elemento distintivo sta proprio in questo, che la nostra tensione è quella di rompere questo vizio creato dal sistema di potere esistente in questa regione e in particolare in Trentino, che vede i sindaci dei comuni trentini per il 75% essere dipendenti della Provincia o della Regione. Un tempo erano i signorotti, l'ha ricordato anche il collega Hosp, quelli che da soli avevano facoltà e poteri per giungere a questa responsabilità pubblica, oggi in Trentino abbiamo un condizionamento, un vizio che dimostra i lati peggiori dell'esperienza di questa nostra gestione autonomistica, in cui il rapporto tra l'immenso accentramento di potere, di potestà nelle province che condiziona i comuni, è arrivato al punto di creare anche questo feeling, questo rapporto reciprocamente condizionante e

clientelare tra gli amministratori locali e l'organizzazione provinciale. Tant'è che il 75% dei sindaci del Trentino sono dipendenti o della Provincia o della Regione o di enti e organizzazioni promosse o emanate dalla Provincia.

Gli obiettivi che ci siamo proposti con gli emendamenti e anche con un ordine del giorno sono quelli di mettere in condizione i consigli comunali di scegliere secondo i loro progetti di sviluppo e di impegno degli amministratori, ma anche di incentivare il tempo pieno.

Noi non siamo d'accordo che ci siano soltanto nella Regione Trentino-Alto Adige tre comuni aventi dignità piena e tutti gli altri sarebbero sostanzialmente degli incomodi rispetto alla possibilità di controllare la gestione della società e dell'economia, i comuni minori, oppure ci sarebbero soltanto questi tre comuni, nei quali il tempo pieno ha un significato e per tutti gli altri fare il sindaco diventerebbe il rischio di un vizio professionale. La nostra tensione per incentivare il tempo pieno è da una parte quella di rompere questo cerchio vizioso della presenza dei sindaci dipendenti della Provincia o del Comune, ho già detto che crea un condizionamento di tendenza inaccettabile e anche di vizio nella definizione degli interventi da parte della Provincia nei confronti dei rispettivi comuni e condiziona la capacità degli amministratori locali e dei sindaci di essere interlocutori e parte di confronto dignitosa e sufficientemente libera nei confronti del potere centrale della Provincia. Mi pare che sia di tutta evidenza questa situazione inammissibile.

La legge ha un difetto, secondo noi, che è quello di impostare con una visione rigida, da una parte l'aumento automatico dell'indennità, sicuramente c'è una situazione che è migliore rispetto a quella nazionale, nel senso che i livelli delle indennità sono più alti, ma c'è un aumento rigido, una tensione a creare una rigidità ed evitare la discrezionalità e la facoltà dei consigli comunali di muoversi secondo i loro obiettivi e i loro progetti. Tutta la proposta di legge sta qui, anche noi siamo d'accordo di voler sottolineare aspetti positivi di questa iniziativa, ma la sostanza del provvedimento sta solo in questo, eliminare la discussione, talvolta infelice, che riguarda tutte le opposizioni nei consigli comunali, forze politiche che si sono mosse in modo anche contraddittorio tra le posizioni assunte nei comuni in cui erano minoranze e comuni in cui erano maggioranze e questo è un elemento negativo, ma eliminare la discrezionalità dei consigli comunali di decidere un quantum dell'indennità e quindi dell'impegno richiesto all'amministratore locale e aumentare l'importo. Questo ci pare

l'elemento portante di questa legge che riteniamo profondamente insufficiente.

Vi sono poi altri elementi fortemente negativi e preoccupanti, qual è per esempio la definizione rigida, fatta con legge regionale, che svilisce sia il Consiglio regionale, sia la sua funzione legislativa e sia il rispetto dell'autonomia dei consigli comunali nel definire anche le spese di rappresentanza con legge regionale, l'assegnazione di medaglie, l'acquisto di fiori, l'ospitalità di visitatori al Comune con il rispettivo brindisi di saluto, cose di un ridicolo infinito che stanno mortificando sia il ruolo della regione, sia il ruolo dei Comuni. E questi sono elementi di una negatività clamorosa.

La nostra proposta invece è quella di rendere più ricco di significato il provvedimento. Nel riconoscimento che lo svolgimento del mandato di amministratore locale è sicuramente un compito ingrato, pericoloso, esposto a tutti i difetti anche della legislazione esistente, è un dibattito che viene avanti ormai da 15 anni e che non è definito, nemmeno con questa legge nazionale sullo status degli amministratori. La nostra iniziativa è quella che tende a valorizzare il ruolo delle autonomie locali.

Riconosciamo nei consigli comunali la piena legittimità di deliberare e di decidere, sono consigli comunali adulti eletti, previsti dalla Costituzione, che hanno il compito di organizzare le risposte ai bisogni delle comunità locali e di cui deve essere riconosciuta la piena autonomia.

Siamo contrari alla rigidità del limite minimo. Non ha senso stabilire un limite tra il 90 e 100%, signor assessore, avrebbe più senso stabilire il limite al 100% fisso, secondo questa impostazione della Giunta regionale, non avendo senso un margine di discrezionalità del 10% quindi è meglio toglierlo. La nostra proposta è quella di ridurre - e abbiamo trovato concordanza con proposte di altri gruppi - al 75% il limite minimo, tenuto conto del bisogno di tempo e di lavoro per lo svolgimento del mandato, ma di liberare la facoltà di andare oltre il 100% non solo per i comuni di Trento, di Bolzano e di Rovereto, ma anche per tutti i comuni con oltre 500 abitanti, di andare al raddoppio dell'indennità qualora l'amministratore, che sia dipendente pubblico o privato, scelga il tempo pieno o se non dipendente pubblico o privato, quindi lavoratore autonomo scelga comunque il tempo pieno, con la facoltà di una elasticità anche in questo caso per chi sceglie il tempo parziale, però con la possibilità di superare il limite del 100%, se il consiglio comunale ritenesse necessario ed opportuno impegnare i

propri amministratori, trovandone disponibilità, di impegnarli a tempo pieno o a tempo parzialmente ridotto.

A noi sembra che la legge per avere un significato ricco e per rispondere alle tensioni che sono state sottolineate sia dal collega Hosp, sia dal collega Ferretti in modo come sempre infelice, a noi pare che dovrebbe essere modificata la rigidità, la schematicità e la povertà di questa legge, i cui elementi portanti e fondamentali sono soltanto quelli di aumentare l'importo e ridurre la discrezionalità, dovrebbe essere modificata rompendo questo limite massimo, dando facoltà ai consigli comunali di deliberare l'assegnazione di indennità anche oltre il 100%, qualora venga richiesto o messo a disposizione il tempo pieno o rispettivamente meno del 200% nel caso in cui ci sia una disponibilità a part time degli amministratori.

A noi pare che con questa modificazione la legge assuma il compito che le è proprio, oltretutto una risposta che arriva anche tardiva. A noi pare anche che con questa iniziativa si supererebbe il rischio della professionalizzazione degli amministratori locali - mi aspetto la risposta del capogruppo della D.C. in questi termini - del rischio di rendere professionisti della politica, dell'amministrazione locale gli amministratori a tempo pieno anche dei comuni minori, non so perchè non dovrebbe riguardare gli amministratori di tutti i comuni, quando oggi la professione di sindaco è per il 75% garantita dal fatto, che sono dipendenti della Provincia o della Regione, che hanno un'elasticità di utilizzo del tempo per lo svolgimento del mandato che non hanno altri amministratori, che hanno la garanzia di questo binario veloce di rapporto tra la Provincia e la realtà locale, in quanto vivono dentro la struttura della stessa Provincia, ma che hanno anche il difetto immenso di essere condizionati dal fatto di essere dipendenti di un potere fortemente accentrato, da cui dipende la vita pressochè totale delle amministrazioni locali.

Quindi non professione degli amministratori, ma impegno qualificato, consentito a tutti lavoratori autonomi o lavoratori dipendenti allo svolgimento del mandato secondo le scelte, i progetti, la volontà dei rispettivi consigli comunali.

Noi riteniamo che la particolarità della Regione Trentino-Alto Adige, che vede comuni di dimensione inferiore ai 30 mila abitanti, comuni anche di 1000 abitanti, caratterizzati da presenza o di zone per attività produttive, zone industriali, o della presenza del turismo, richiedano una dimensione ed impegno ben diversa di quella riferita alla dimensione demografica.

Abbiamo fatto anche in Commissione qualche riferimento, per esempio il comune di Ortisei sicuramente ha un impegno che va ben al di là della sua dimensione demografica, così lo ha il comune di Dobbiaco o il comune di Riva del Garda, il comune di Transacqua o Siror, comuni che hanno meno di 1000 abitanti, ma hanno una dimensione di servizi pari a quella di 40 mila posti letto per almeno sei mesi all'anno e un bilancio - il collega Ferretti ha riferito e non a caso quello di Bolzano - ma ci sono comuni di dimensione appena appena superiore ai 1000 abitanti, che hanno un bilancio 4, 5, 6 volte superiore a quello corrispondente ad altri comuni della propria fascia.

Quindi bisogna tener conto di questa situazione, bisogna tener conto del diritto della competenza, della legittimità dei consigli comunali di organizzare la propria attività secondo i progetti di sviluppo e secondo il bisogno concreto, reale.

Non vi sarebbe altrimenti risposta coerente, organica tra le enunciazioni di principio e qualche volta anche un piagnisteo attorno al peso, al gravame che sta sulle spalle degli amministratori locali, non ci sarebbe coerenza se fissassimo soltanto delle rigidità e delle indennità che rischiano di essere corrisposte indipendentemente dalla quantificazione e dalla qualificazione dell'impegno richiesto. Questa qualificazione e quantificazione starebbe solo in capo alla facoltà dei consigli comunali di Trento, Bolzano e Rovereto, per i quali è previsto peraltro l'obbligatorietà della assegnazione del raddoppio dell'indennità nel caso dell'aspettativa, mentre nel caso dei lavoratori autonomi c'è comunque il raddoppio per i comuni di questa dimensione, per tutti gli altri il discorso non solo non vale, ma viene compressa la facoltà dei consigli comunali di organizzare il proprio ruolo.

Noi stiamo discutendo sulla necessità di avere manager per i vari dipartimenti e le varie funzioni di attività della Giunta provinciale, per quello che riguarda il Trentino e ritengo la stessa cosa avvenga in Provincia di Bolzano, ieri abbiamo deciso in Commissione che il nuovo dirigente di promozione turistica del Trentino parte con uno stipendio aumentato del 48% rispetto allo stipendio del dirigente di servizio iniziale, chissà perchè nei comuni non dovremmo fare una scelta di questo tipo per i manager veri - l'ha ricordato anche il collega Hosp - che sono i sindaci, che sono gli assessori, sono i vicesindaci, ma perchè non dovremmo tener conto della quantificazione e di impegno richiesto. Vi sono comuni con 3000 abitanti in cui l'impegno richiesto è scarso, perchè sono comuni che vivono di riflesso dei servizi prestati dai comuni principali, che sono ai margini dei comuni principali che

svolgono anche per essi servizi delle più svariate qualità. Vi sono quindi in quel caso minori impegni, ma vi sono comuni di fasce demografiche sempre nei 3000 abitanti che hanno una dimensione e impegno 5, 6, 7 volte superiori a quella della rispettiva fascia.

Quindi ci pare che questa necessità di elasticità e il rispetto del ruolo delle autonomie locali dei consigli comunali debba essere garantito da questa iniziativa legislativa.

A noi pare che la legge così come è fatta non corrisponde al bisogno e ha il difetto di rigidità e di schematicità, mentre è necessario avere maggiore coscienza della caratteristica e della particolare tradizione delle autonomie locali di questa nostra regione e del ruolo che possono svolgere anche per alleggerire l'accentramento, che ormai pesa su tutti, l'elefantiasi dell'ente Provincia.

Quindi una strada deve essere tracciata tenendo conto di tutti i vari interessi e tutte le varie componenti che la società rappresenta per essere funzionale, senza questa modificazione a noi pare che la legge venga meno al suo scopo e venga meno al suo ruolo e mantenga il vizio per 340 comuni della regione di garantire soltanto a chi è dipendente della Provincia e della Regione o di enti pubblici che possano consentire elasticità, al di là della stessa legge nazionale, di permessi e di svolgimento del proprio compito. Sappiamo che funzionari della Provincia sono sindaci e svolgono il compito di sindaco durante le ore d'ufficio all'interno dei palazzi della Provincia, ed è logico, naturale, normale, però dobbiamo averne coscienza e dobbiamo rompere questo rapporto vizioso tra potere centrale e condizionamento delle funzioni delle autonomie locali, soltanto attraverso un'apertura di visuale che io ritengo sussista anche nella sensibilità dell'assessore proponente, elasticità ed apertura culturale e mentale e politica di democrazia per modificare questa impostazione rigida della legge.

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il cons. Tononi. Ne ha facoltà.

TONONI: Signor Presidente, signori consiglieri, anch'io come altri 7, 8 colleghi di questo Consiglio regionale ho avuto la sorte di fare il sindaco e l'ho fatto per 9 anni e quindi ho vissuto sulla mia pelle alcune situazioni che, grazie a Dio, con questa legge presentata dalla Giunta dovrebbero essere eliminate.

Devo dire che appartengo a quella generazione di sindaci o comunque di amministratori comunali che purtroppo hanno dovuto accontentarsi di indennità sicuramente al di sotto di quelle che erano

le reali ed obiettive esigenze. Tuttavia il passato è passato per tutti, anche per noi e quindi oggi affrontiamo l'esame di questo disegno di legge n. 34, presentato dall'assessore a Beccara, che pur con i limiti imposti dal fatto che la Regione detiene solo la facoltà secondaria sull'ordinamento dei comuni, è un buon disegno di legge.

Vorrei proprio cominciare col ricordare che essendo secondaria la nostra potestà legislativa in questa materia, non è possibile, come vorrebbe il cons. Hosp - anch'io ero di questa opinione, tanto per eliminare subito dal mio punto di vista questa possibilità - agganciare il trattamento economico degli amministratori comunali ai consiglieri regionali, perché in qualche maniera dobbiamo tener d'occhio la legislazione nazionale, che esclude in maniera assoluta questa evenienza. Sarebbe come fare automaticamente bocciare la legge, anche se l'idea non è prerogriva, anzi potrebbe essere considerabile da questo punto di vista.

Devo poi dire, come altra premessa, ma sarò breve nel mio intervento, che questo disegno di legge, e qui concordo su una parte di quello che ha detto il collega Rella, questa legge rimette a posto le cose per tanti motivi. Innanzitutto questa legge evita che il fare il sindaco o l'amministratore comunale diventi una professione, secondo me non deve essere una professione, ma una missione, un'attività encomiabile, faticosa, rischiosa ecc. Secondo me gli amministratori comunali devono avere una loro professione come quelli regionali e quindi è da evitare un'eventuale errore, come appunto questa legge evita. Dall'altra parte del canale, sull'altro versante, non deve essere più possibile che la carica di sindaco, l'amministratore comunale sia accettabile solo da parte dei ricchi, ormai questi tempi sono superati, cioè da chi non ha niente da avere e quindi può dedicare tutto il proprio tempo anche all'attività sociale, pubblica, nè deve essere consentito che solo i dipendenti pubblici possano essere amministratori comunali, anche se - e qui rispondo ad una delle osservazioni fatte dal collega Rella - sarà difficile evitare che i dipendenti pubblici facciano ancora i sindaci, per un motivo molto semplice, anche nei comuni più piccoli è facile individuare nel dipendente pubblico, meglio se della Provincia o della Regione o altri enti, la persona che non solo può avere il tempo, ma anche l'attitudine, la capacità, la caratura sufficiente per amministrare il proprio comune.

Noi abbiamo nel Trentino, su 223 comuni, decine di comuni medio piccoli che sono amministrati da sindaci e da amministratori che sono liberi professionisti, commercianti, artigiani, industriali,

contadini e se la cavano molto bene, quindi vuol dire che finora questo difetto non si è rivelato, anche se abbiamo molti sindaci che sono funzionari della Provincia o della Regione o di altri enti pubblici.

Con il disegno di legge n. 34, a mio avviso, si fa giustizia di queste eventuali possibilità e soprattutto si concede agli amministratori comunali finalmente un livello di indennità che sia, non dico al 100%, ma per buona parte il corrispettivo del lavoro faticoso, ingrato e molto spesso anche rischioso a cui sono chiamati questi amministratori comunali.

Io credo di poter dire una cosa che non sarà smentita. Oggi fare il sindaco di un qualsiasi comune significa voler bene alla propria comunità, non è possibile altrimenti, non lo si può fare per qualche altra motivazione in casi normali almeno, e quindi è giusto che questi uomini che si dedicano, sacrificando la propria famiglia, la propria salute, la propria onorabilità, riconoscere a questi uomini tutto ciò che l'ente pubblico può riconoscere e noi siamo nell'ambito regionale e quindi la legge regionale deve tener conto di questa situazione reale, che deve cambiare rispetto a quella che attualmente è in vigore.

Dove io non sono d'accordo, per quanto riguarda variazioni proposte da alcuni colleghi, soprattutto dal collega Rella, è sul tentare di concedere ai consigli comunali una maggiore elasticità nel determinare le indennità di carica al sindaco e agli altri amministratori comunali e cerco di spiegare il perché. Mi rendo conto che ragionando come ragiono io forse si può togliere una certa facoltà autonoma al consiglio comunale, ma dall'altra parte mi rendo conto che pretendere che il consiglio comunale, un qualsiasi consiglio comunale di comuni grandi o piccoli, sia in grado di dare un giudizio sereno ed obiettivo sull'operato dei suoi amministratori è impossibile.

Pensate che a livello sindacale sono state addirittura eliminate le note di qualifica per i dipendenti pubblici, per quale motivo? Perché ci si è accorti che queste note di qualifica venivano date, quasi sempre, per motivazioni tutte diverse da quelle obiettive e serene che avrebbero dovute determinarle, ma venivano date per simpatia, per amicizia o peggio, questo in campo sindacale. Se noi concedessimo ad un consiglio comunale qualsiasi di determinare qual è la qualità e la quantità di lavoro che sviluppa il proprio sindaco o il proprio assessore, torneremo indietro da un certo punto di vista a livello sindacale, perché sarebbe come permettere ad un'azienda di determinare lo stipendio dei propri dipendenti, visto che anche il comune è un'azienda, come giustamente è stato detto, mi sembra che deve esserci

una certezza fissata dalla legge ed io sarei per non concedere neanche quel 10% che il disegno di legge n. 34 concede di facoltà al consiglio comunale. Purtroppo non si può proprio perché l'assessore a Beccara ha spiegato in Commissione che altrimenti ci allontaneremmo troppo dalla normativa nazionale e sarebbe anche questo uno dei motivi di bocciatura della legge, ma certamente anche il 10% di trattabilità consente al consiglio comunale di scorticare vivi i suoi amministratori.

Credo che ognuno di noi che è stato amministratore comunale le ha provate queste esperienze. Ti dicono che tu sei ben bravo però non è che ti meriti quello che chiedi, ti mercanteggiano come al mercato delle vacche, ti trattano in un modo che è inaccettabile per una persona che è lì più che altro per servire la comunità.

Ecco perché, a mio modo di vedere, dovremmo addirittura arrivare al 100% fisso senza discussione in consiglio comunale, perché è come se venissero qui a dire quello che meritiamo noi come consiglieri regionali o come assessori provinciali, come presidenti, non è possibile accettare una cosa di questo genere, è impossibile che sia sereno il giudizio, diventerà un giudizio politico, la maggioranza sarà per il massimo, la minoranza per il minimo, uno sarà per il 50, l'altro sarà per l'80 e quindi non è possibile mettere gli amministratori comunali in questa condizione. Il 10%, secondo me, è già troppo e non è che il consiglio comunale possa giudicare in questa maniera i suoi amministratori, il giudizio del consiglio comunale deve essere politico, non burocratico o amministrativo, collega Langer, deve essere politico. Il sindaco e la giunta ottengono la fiducia dal consiglio e quando non ci sarà più questa fiducia, per qualsiasi motivo, anche per quello burocratico-amministrativo si presenta la mozione di sfiducia, ed in caso di approvazione gli amministratori colpiti decadono, ma non si può andare a dire che il sindaco x) è più bravo del sindaco y) e che l'assessore a) lavora più dell'assessore b) - a parte che dal punto di vista concettuale è aberrante - in quanto dal punto di vista pratico si creerebbero continue ingiustizie.

Io personalmente, ma spero anche la maggioranza di questo Consiglio, sono assolutamente contrario a questo modo di ragionare.

C'è poi un'altra cosa da dire. Per quanto riguarda i comuni grandi e i comuni piccoli e quindi ai comuni grandi fino a 30.000 abitanti il disegno di legge consente il raddoppio dell'indennità e per gli altri no, qui c'è un discorso che potrebbe anche essere modificativo rispetto al disegno di legge, per esempio se ho visto bene uno degli emendamenti proposti dal collega Rella, io credo che la Giunta possa

accettare l'emendamento che riguarda il comune di Merano, cioè per poche centinaia di abitanti sarebbe sotto la soglia, abbassiamo quella soglia a 25 mila - se i dati sono errati ritiro - e concediamo anche al Comune di Merano come quello di Trento, di Bolzano e Rovereto...

(Interruzione)

TONONI: Se sono 34 mila io ritiro i dati che mi ha fornito il collega Rella.

Ho detto una cosa che non esiste e tutti siamo perfettamente d'accordo.

Devo ancora fare un breve accenno al discorso delle spese di rappresentanza. Da un punto di vista tendenziale sarei per eliminare gli articoli che riguardano le spese, perchè mi rendo conto che è uno svilire l'attività comunale, ma c'è un però ed è quello che ha consigliato la Giunta regionale ad inserire questi articoli. Oggi noi sappiamo che ogni amministratore comunale rischia, dal punto di vista penale, per qualsiasi cosa, ora se noi non definiamo con una certa precisione quali sono le spese di rappresentanza ammesse, possiamo mettere l'amministratore comunale nelle condizioni di violare, senza volerlo, secondo il magistrato, la legge. Con questo elenco, che potrebbe essere modificato, diminuito o aumentato, diamo la sensazione e la certezza all'amministratore comunale che per quelle spese è assolutamente titolato a qualsiasi effetto di considerarle spese di rappresentanza. Mi pare eccessivo il rendiconto della giunta comunale di come ha sostenuto le spese di rappresentanza, però una guida, un'istruzione pratica, attraverso la quale l'amministratore comunale sia sicuro che quelle sono spese di rappresentanza e le altre no, sia opportuno darla ai nostri amministratori per renderli più tranquilli.

Vorrei solo concludere affermando che qualsiasi cosa facciamo per questi nostri amministratori comunali, e mi auguro sia fatto quello che prevede il disegno di legge n. 34, è sempre una cosa dovuta alla capacità, al senso di sacrificio, alla volontà di fare bene alla propria comunità di questi nostri amministratori. Quindi sicuramente andiamo incontro alle loro esigenze con un senso di doverosità e di certezza che andiamo a rendere giustizia a degli uomini che giustizia meritano. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di parlare il cons. Meraner. Ne ha facoltà.

MERANER: Danke Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es scheint mir fürwahr unpassend, wenn der Abgeordnete Hosp ein Klage lied darüber anstimmt, wie prekär die Lage der Bürgermeister in unserem Lande bzw. in der Region ist. Er führt dazu an, daß die Bürgermeister in letzter Zeit besonders mit Arbeit überlastet würden und daß das Risiko für das Amt des Bürgermeisters ständig zunehme.

Ja, dürfen wir uns nicht einmal fragen, wo überhaupt die Ursache, die Quelle für dieses Mehr an Arbeit und für dieses Mehr an Risiko für das Amt der Gemeindeverwalter liegt. Die eigentliche Quelle ist doch die Gesetzgebung der Landesverwaltung, bei der jene Partei, der der Abgeordnete Hosp angehört, doch eine recht erhebliche Mehrheit hat. Durch das Mehr an Bürokratismus, der durch diese Landesgesetzgebung ständig zutage gefördert wird, wächst natürlich auch die Arbeit der Bürgermeister und der Gemeindeverwalter, die in vielen Fällen dieser Aufgabe nicht mehr gewachsen sind und sich mit Bürokratismus und Papierkram herumschlagen müssen, anstatt ihre Gemeinde verantwortungsbewußt zu verwalten.

Aber auch das Mehr an Risiko für das Bürgermeisteramt ist eine sehr bedenkliche Situation in unserem Lande. Dieses Mehr an Risiko ist geschaffen worden durch die ständig zunehmende Rechtsunsicherheit. Diese Rechtsunsicherheit würde es heute sicherlich erlauben, daß man fast jeden Bürgermeister einsperren lassen könnte. Es ist wohl in erster Linie dem hohen Maß an Selbstverantwortlichkeit der oppositionellen Gemeinderäte zu verdanken, daß sie diese prekäre Situation nicht in diesem Sinne ausnützen und daß sie der Tätigkeit der Bürgermeister und der Gemeindeverwalter mit einem sehr hohen Ausmaß an Großzügigkeit gegenüberstehen. Würden sie sich gleich verhalten wie dies die Mehrheit in der Regel der Opposition gegenüber tut, dann hätten wir fürwahr wahrscheinlich nur noch wenige Bürgermeister auf freiem Fuß.

Aber ich bin froh, daß dies so ist und ich möchte einen Appell an alle Gemeinderäte der Opposition in unserem Lande richten, daß sie auch weiterhin in dieser Hinsicht so großzügig sein mögen. Allerdings glaube ich, daß wer dem Bürgermeister ernsthaft helfen wollte, der müßte dafür sorgen, daß wir in unserem Lande endlich weniger Bürokratie und mehr Rechtssicherheit bekommen. Das sind die eigentlichen Probleme, mit denen sich die Bürgermeister in unseren Gemeinden herumschlagen müssen und nicht mit etwas mehr oder weniger Geld.

Diese Situation hat in vielen Landgemeinden allerdings auch dazu geführt, daß nicht mehr die Bürgermeister die Gemeinde verwalten, sozusagen regieren, sondern daß dies in erster Linie die Gemeinde-

sekretäre tun. Weil sie ja die einzigen sind, die manchmal schulisch, im allgemeinen aber von der Zeit her die Voraussetzungen mitbringen, um alle jene Klippen und Hürden zu studieren, die der Landesgesetzgebung insbesondere eingebaut sind, damit man die Methode findet, wie man sie dann auch mehr oder weniger glücklich überwinden kann.

Es ist heute von mehreren Rednern von den Bänken der Südtiroler Volkspartei und der DC fast der Eindruck erweckt worden, als ob wir diesen armen Bürgermeister in unserem Lande, in der Provinz Bozen und in der Provinz Trient, doch endlich mit einer Geldspritze unter die Arme greifen sollten. Um es gleich vorweg zu nehmen: ich gönne den Bürgermeistern und den Gemeindeverwaltern ein höheres Entgelt. Ich bin außerdem der Auffassung, daß dies vom Steuerzahler auch verkraftbar ist. Wesentlich leichter verkraftbar, als eine schlechte und unkorrekte Verwaltung.

Ich möchte aufgrund meiner Erfahrung aber auch feststellen, daß ich keinen Bürgermeister kenne, der ärmer von seinem Amt weggegangen ist, als er im Moment des Amtsantrittes war.

Es ist mir verständlich, wenn besonders die Abgeordneten der Südtiroler Volkspartei und der DC so massiv hinter diesem Gesetz stehen. Es ist mir verständlich, daß sie mit diesem Gesetz auf völlig legale Weise ihre Parteikollegen - denn es sind ja fast ausschließlich ihre Parteikollegen, die die Bürgermeisterämter stellen -, daß sie mit diesem Gesetz auf völlig legale Weise ihre Parteikollegen in einer Form finanziell begünstigen oder günstiger stellen wollen.

Allerdings darf ich wiederum aufgrund der Erfahrung feststellen, daß dies nicht das eigentliche Problem sein kann, das Mehr oder Weniger an Geld; denn es ist mir kein einziger Fall - zumindest in Südtirol - bekannt, wo es auch ohne diese Erhöhung dieser Entgelte an Anwärtern für das Amt des Bürgermeisters oder Assessoren gefehlt hätte. Folglich muß es anderswo liegen und nicht beim Geld. Das zentrale Problem in diesem Gesetz scheint mir deswegen einfach nicht das Mehr oder Weniger an Geld.

Ein viel zentraleres Problem scheint mir jenes der Ehrenamtlichkeit der Bürgermeister und der Gemeindeverwalter zu sein. Wir dürfen uns nicht selber darüber hinwegtäuschen wollen. Mit diesem Gesetz wird ein weiterer großer Schritt in Richtung Berufsbürgermeistertum getan. Ein Schritt, den wir, die Partei der Unabhängigen, vom Prinzip her nicht befürworten, weil wir glauben, daß alles was ehrenamtlich getan werden kann, auch ehrenamtlich getan werden soll und daß es in der Regel besser getan wird, als von Berufspolitikern. Das

gilt auch für die Abgeordneten.

Wir sind der Meinung, daß mit der Bezahlung der Bürgermeister - denn in manchen Fällen geht es hier nicht mehr um eine Entschädigung, sondern um eine wirkliche Bezahlung - die Unabhängigkeit, das Ansehen und in vielen Fällen wohl auch die Autorität derselben leiden. Für gute Leute wäre diese Bezahlung in den meisten Fällen ohnehin noch nicht angemessen. Aber die immerhin erhebliche Bezahlung könnte manchen guten davon abhalten, dieses Amt anzutreten, weil für eine Bezahlung die Entgelte zu gering sind, aber auf der anderen Seite Ehrenamtlichkeit, die noch eine Attraktion darstellen könnte und sollte, nicht mehr gegeben ist.

Somit könnte es sein, daß wir mit diesem Gesetz das Amt des Bürgermeisters und der Gemeindeverwalter für immer weniger gute Leute attraktiv und hingegen attraktiver für weniger fähige Leute machen. Dies kann wohl nicht im Sinne einer korrekten und guten Verwaltung sein. Auf alle Fälle kann man jetzt schon annehmen, daß - wenn dieses Gesetz genehmigt werden sollte - wir noch weniger Freiberufler in den Gemeindeverwaltungen haben werden, als bis jetzt.

Es ist eben einmal politisch abzuwägen, ob es gut ist, wenn gerade der Stand der Freiberufler immer stärker von der Verwaltung auf Gemeinde- und Landesebene entfernt wird. Die Bezahlung ist nicht attraktiv genug, aber auch die Ehrenamtlichkeit ist nicht mehr attraktiv genug, denn es handelt sich um keine eigentliche Ehrenamtlichkeit mehr.

In einem gewissen Sinne ist dieser Gesetzentwurf auch gemeindenautonomiefeindlich, in dem Sinne, daß man den Gemeinderäten einfach zu wenig Spielraum bei der Entscheidung, wie hoch die Entschädigung für die Gemeindeverwalter sein kann, einräumt. Ich kann hier leider das vom Kollegen Tononi genannte Kriterium nicht akzeptieren. Ich glaube, daß jeder Gemeinderat eine möglichst große Autonomie in diesem Sinne haben sollte. Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob es glücklich ist, die Entgelte der Gemeindeverwalter an jene der Gemeindesekretäre zu koppeln.

Dieses Gesetz hat für mich also eine eminent gesellschaftspolitische Bedeutung, denn wenn es nicht das Geld ist, das das zentrale Thema in diesem Gesetz darstellt, so ist es sicher jenes der Ehrenamtlichkeit bzw. der Minderung der Ehrenamtlichkeit für das Amt des Bürgermeisters und der Gemeindeverwalter. Wie gesagt, ein weiterer Schritt hin in Richtung von Berufsbürgermeistertum, von weniger Abhängigkeit der Verwalter in diesem Bereich.

In diesem Sinne glaube ich, daß wir den Bürgermeistern mit

diesem Gesetz, falls es eine Mehrheit finden sollte, nicht so sehr einen Dienst, sondern eher einen Bären dienst erweisen.

(Grazie signor Presidente, colleghe e colleghi. Mi sembra fuori luogo che il cons. Hosp lamenti come sia precaria la situazione dei sindaci della nostra provincia o meglio della nostra regione. Egli ha affermato che in questo ultimo periodo di tempo l'onere del lavoro a carico dei sindaci sarebbe aumentato come pure il rischio connesso a questo ufficio pubblico.

Ma ci siamo mai posti la domanda dove trova origine questo aumento del volume del lavoro e dei rischi a cui sono costretti ad esporsi gli amministratori comunali. La fonte principale va senz'altro ricercata nella legislazione della Provincia e in particolare in quel partito a cui appartiene il collega Hosp, che fra l'altro dispone di un'ampia maggioranza. Con la crescita della burocrazia, peraltro favorita dalla legislazione provinciale, aumenta naturalmente il lavoro dei sindaci e degli amministratori locali, che in molti casi non riescono più a fronteggiare i propri compiti, dovendosi muovere in un ambito burocratico e fra cartacce, anzichè poter amministrare meglio e con maggior senso di responsabilità il proprio comune.

Anche l'aumento del rischio a carico dell'ufficio del sindaco è assai discutibile nella nostra provincia. Questo rischio maggiorato è stato creato dalla incertezza giuridica, che tende continuamente ad aumentare, di modo che questa permetterebbe oggi giorno di rinchiudere in carcere quasi la totalità dei sindaci. Grazie alla responsabilità in misura rilevante dei consiglieri comunali dell'opposizione le cose non stanno in questi termini, in quanto non sfruttano questa situazione precaria e giudicano con magnanimità l'operato dei sindaci e degli amministratori comunali. Qualora l'opposizione assumesse atteggiamenti nei confronti della maggioranza come questa si comporta verso le minoranze, ben pochi sindaci non sarebbero privati della libertà personale.

Sono soddisfatto che la situazione non sia quella descritta e desidero rivolgere un appello ai consiglieri comunali dell'opposizione della nostra provincia di voler dimostrare anche in futuro questa magnanimità. Ritengo tuttavia che, volendo aiutare seriamente il sindaco, si dovrebbe cercare di eliminare nella nostra provincia una certa fetta di burocrazia e creare una maggiore certezza giuridica. Questi sono gli effettivi problemi che i sindaci dei nostri comuni debbono affrontare e non sono quelli che riguardano una minore o

maggior indennità di carica.

Questa situazione ha creato in molti comuni della periferia la situazione, che l'amministrazione comunale non è più amministrata dal sindaco quanto soprattutto dai segretari comunali, essendo loro gli unici in grado a studiare ogni ostacolo, in particolare della legislazione provinciale, sia per la loro preparazione specifica, sia per i requisiti che loro stessi posseggono. Infatti spesso si tratta di trovare modo e maniera di superare felicemente questi trabocchetti.

Gli interventi provenienti dai banchi del S.V.P. e della D.C. hanno quasi suscitato l'impressione che sarebbe giunto il momento di sorreggere con un'iniezione finanziaria questi poveri sindaci della nostra provincia e del Trentino. Desidero subito anticipare che auguro ai sindaci e agli amministratori comunali una migliore indennità e sono inoltre dell'opinione che simili aumenti possono essere sopportati dal gettito fiscale, anzi sono preferibili ad una cattiva e scorretta amministrazione.

Sulla scorta delle mie esperienze desidero tuttavia constatare che non conosco nessun sindaco che abbia abbandonato il proprio ufficio trovandosi in una situazione finanziaria inferiore a quella riferita al momento dell'assunzione di tale carica.

Comprendo naturalmente il motivo per il quale i consiglieri del S.V.P. e della D.C. si trincerano massicciamente dietro questa legge. Sono consapevole che con questo provvedimento desiderano favorire finanziariamente e con mezzi perfettamente legali soltanto i loro colleghi di partito, essendo questi due partiti che in Alto Adige esprimono i sindaci.

Ricorrendo nuovamente alla mia esperienza, devo constatare che non può essere in sostanza questo il problema, vale a dire una retribuzione maggiore o minore, poichè in Alto Adige non conosco un solo caso, in cui non si sarebbero trovati aspiranti all'ufficio di sindaco o di assessore per mancanza di questi aumenti. Di conseguenza il problema deve essere ricercato in altro settore e non certamente in quello finanziario. Ribadisco che in questo provvedimento il problema centrale non sembra essere quello dell'indennità di carica.

Un problema più centrale potrebbe sembrare quello dell'ufficio onorario del sindaco e dell'amministratore comunale. Non dobbiamo ingannare noi stessi, con questa legge si compie un grande passo verso la direzione del professionismo della politica, un passo che noi del P.D.U. non approviamo per principio, essendo noi dell'avviso che tutto quanto è possibile compiere con cariche onorarie vada compiuto e

che di regola il risultato è migliore. Ciò vale anche per i consiglieri regionali.

Siamo dell'opinione che, retribuendo i sindaci - in certi casi non si tratta più di una indennità, ma di un vero e proprio compenso - si pregiudica in certo qual modo la loro indipendenza, il loro prestigio ed in certi casi anche la loro autorità. Per persone preparate questo pagamento non apparirebbe nella maggior parte dei casi ancora adeguato. Ma comunque un pagamento di una certa entità potrebbe anche far rinunciare a questo ufficio cittadini preparati, dato che per un pagamento vero e proprio gli importi potrebbero essere troppo esigui, mentre l'incarico onorario, che potrebbe essere ancora ambito, non è più previsto.

Potrebbe quindi accadere che con questa legge l'ufficio del sindaco e dell'amministratore comunale divenga meno interessante per cittadini preparati e più interessante per quelli meno preparati, la qual cosa non può essere nell'interesse di una corretta e buona amministrazione. In ogni caso si può sin d'ora presumere che con questa legge, meno liberi professionisti saranno disposti ad assumersi incarichi comunali.

Sarebbe quindi il caso di valutare sotto il profilo politico se il venir meno del numero dei liberi professionisti nell'ambito dell'amministrazione pubblica a livello comunale e provinciale sia un bene. Ribadisco che il pagamento non è sufficientemente congruo, ma anche l'incarico onorario non è più così interessante, in quanto non esiste.

In certo senso questo disegno di legge avversa anche l'autonomia comunale, non offrendo esso ai consiglieri comunali un sufficiente spazio discrezionale nella decisione dell'ammontare dell'indennità a favore degli amministratori. Purtroppo non posso accettare il criterio illustrato dal collega Tononi e credo che ogni consiglio comunale debba avere la più ampia autonomia in tal senso e quindi è giusto porre la domanda se sia una soluzione felice il vincolare le indennità degli amministratori allo stipendio dei segretari comunali.

Questa legge è per me di grande importanza socio-politica, poichè, non essendo il denaro l'argomento centrale di questa legge, lo è senz'altro quello dell'incarico onorario, ossia il degradamento dell'ufficio del sindaco e dell'amministratore onorario. Come ho già detto stiamo compiendo un ulteriore passo verso il sindaco professionista, verso la minore indipendenza dell'amministratore in

questo ambito.

In questo senso ritengo che, qualora questa legge venisse approvata, renderemmo ai sindaci tutt'altro che un servizio).

PRESIDENTE: Ha chiesto di parlare il cons. D'Ambrosio per la seconda volta. Ne ha facoltà.

D'AMBROSIO: Signor Presidente, ho l'impressione che il Consiglio sovente sia erroneamente distratto al punto che questa mattina abbiamo sentito imbastire, non si sa bene per quale motivo, una certa astiosa e inutile polemica nei confronti della cosiddetta sinistra, ma poi il mirino si incentra sempre nei nostri confronti, mi riferisco alle parole del cons. Ferretti, il quale imputerebbe chissà quale scarto di coerenza tra i comportamenti dei comunisti di fronte a questo provvedimento di legge o in questa sede rispetto atteggiamenti nelle amministrazioni comunali.

A parte il fatto che vale sempre l'invito ad essere precisi e riferirsi a casi altrettanto precisi e non sentiti dire, debbo dire che riguardo questa serie di questioni, quali i compensi agli amministratori comunali, il nostro partito non teme, non lo dico con presunzione, lo dico sulla scorta dei fatti concreti e reali quali essi sono, non teme confronto alcuno, sempre che parte del presupposto dell'onestà intellettuale e della correttezza, cioè la ragione del contendere per quella che essa vale, poichè il nostro partito, a proposito della legge nazionale ha ritenuto quel provvedimento nel complesso ancora insufficiente. Dove sta lo scarto che qui viene artificiosamente agitato? E voi sapete che giustamente l'assessore a Beccara ha ritenuto di soprassedere per un po' a questo disegno di legge in attesa di vedere quale confronto e quale risultato portava la legge nazionale del dicembre dello scorso anno.

Altra considerazione. Egregi colleghi, al di là degli elogi nei confronti degli amministratori comunali, che qualcuno fa a proposito e qualcun altro anche a sproposito, come se gli amministratori comunali, in quanto coincidenti con il proprio partito sono bravi ed è prevalentemente il caso di questa nostra regione, se poi sono amministratori comunali di altri partiti allora magari sono di serie B, se non addirittura di serie C.

Se dobbiamo essere corretti si deve essere coerenti considerando il sindaco o il vicesindaco o gli assessori comunali o i consiglieri comunali là dove esistono i presidenti delle circoscrizioni e i consiglieri di circoscrizioni tutti alla stessa stregua dal punto di

vista del principio, poi ci sono le valenze politiche e allora si giunge al comportamento, le scelte che le varie amministrazioni o i vari amministratori vanno a prendere.

Per cui noi non condividiamo questa sorta di esaltazione acritica, perchè c'è questa coincidenza e gli altri o non ci sono, non contano nulla perchè non sono investiti di tale responsabilità. Poi magari ci sono le eccezioni, il compagno Rella le ricordava, qualche isola o qualche testimonianza esiste anche in provincia di Bolzano, che riguarda noi, non come sindaci, o assessori per cause di natura non proprio politica tout court, ma di appartenenza linguistica, però non è che il nostro partito è così sprovvisto da non sapere che cos'è un'amministrazione comunale e quali sono i problemi che attengono anche chi questa responsabilità della conduzione politico-amministrativa dei Comuni.

Ciò detto voglio ricordare ai colleghi anche come in Regione non si parta da zero, sembra che noi per la prima volta stiamo affrontando un provvedimento che riconosca determinati compiti, determinate funzioni e dunque delle corresponsioni verso gli amministratori locali.

Badate colleghi che già oggi la legge regionale, se non proprio oggi, almeno fino a ieri, è stata presa anche a punto di riferimento, lo ricordavo la settimana scorsa, da parte di coloro i quali hanno ritenuto di dare una disciplina nazionale. Prendiamo atto dunque che la Regione autonoma del Trentino-Alto Adige, in virtù anche delle sue prerogative ha potuto fare da battistrada nei confronti di una regolamentazione, di un trattamento, di un compenso economico verso quanti hanno avuto e hanno responsabilità amministrative a livello di Comuni. Dunque dobbiamo riconoscere anche questo elemento.

Dove esistono colleghi le differenziazioni? Checchè ne dicano alcuni che sostengono la legge così come sta, io dico che intanto è sbagliato pensare debba esserci margine alcuno di discrezionalità da parte degli amministratori comunali, cioè dei consigli comunali. Io posso convenire su un certo imbarazzo generato o che può tornare a generarsi all'interno dei consigli comunali, laddove i consigli comunali, badate che succede questo anche nei consigli comunali dove su 15 consiglieri tutti 15 appartengono ad uno stesso partito, in provincia di Bolzano succede sovente questo, soprattutto nei piccoli comuni della provincia. Vi sono 15 consiglieri tutti dello stesso partito, esprimono il sindaco, se c'è il vicesindaco o gli assessori, però tutti 15 hanno degli imbarazzi nel determinare il livello dell'indennità, io lo capisco

dal punto di vista umano. Come capisco onestamente che vi possa essere anche da parte nostra un certo imbarazzo, perchè per legge andiamo a determinare dei compensi nei confronti di amministratori comunali, quando poi ci sentiamo autonomi invece nell'andare a determinare le indennità del Consiglio regionale, dunque dei consiglieri regionali.

Io lo posso capire dal punto di vista umano questo imbarazzo, ma dal punto di vista politico noi dobbiamo cercare di venirne fuori, consentendo alle amministrazioni anche un margine di discrezionalità, in rapporto a quello che può essere il carico che all'interno del consiglio comunale, dell'amministrazione comunale viene riconosciuto nei confronti dell'amministratore, perchè le situazioni, egregi colleghi, sono le più disparate per numero di abitanti, per dimensione del territorio, per caratteristiche particolari del territorio o delle vocazioni dell'attività; vi possono essere Comuni che sono davvero un fazzoletto, che hanno poche cose da fare perchè la realtà è quella che è, vi sono Comuni con grandi insediamenti produttivi, vi sono Comuni che hanno magari 500, 800 anime, come si suol dire tra i censiti, ma hanno una presenza turistica di migliaia di persone, che moltiplicate per tutto l'anno, diventa una grande questione dal punto di vista amministrativo e dell'organizzazione dei servizi, chi ne ha più ne metta.

Per cui comprendete quanto può diventare imbarazzante andare a predeterminare, senza questo margine di oscillazione, che vuol dire portiamo il carico a livello più alto, togliamo d'imbarazzo le amministrazioni comunali, il collega Tononi diceva addirittura: io sarei per una quota unica, punto e basta, così però mettiamo tutti sullo stesso piano, quando poi nei fatti sullo stesso piano non ci sono.

All'interno di quelle bande considerate quelle fasce rappresentate dal numero degli abitanti, perchè il numero degli abitanti è uno degli aspetti. Perchè dico che è uno degli aspetti, parlo più in grande? Il fatto che Napoli abbia più o meno lo stesso numero di abitanti di Milano, credo sia riconosciuto da tutti, non è che Milano non abbia problemi, ma vi sono situazioni storiche, attuali, contingenti che portano a dire che non sarà facile fare l'amministratore al Comune di Milano, ma di sicuro fare l'amministratore al Comune di Napoli è più difficile, più complesso. Però dal punto di vista dei censiti si dice si sta nella stessa fascia per cui va tutto bene, ma queste gamme, io prendo due poli perchè mi è più congeniale nel fare l'esempio, ma queste gamme le potremmo rapportare nel piccolo alla realtà delle nostre amministrazioni locali.

Ecco dunque le ragioni per le quali noi sosteniamo come sia

giusto dare una banda di oscillazione più ampia all'amministrazione comunale, ma anche per un'altra considerazione, non solo rispetto all'esistente legge regionale, ma colleghi in rapporto a quella che è la legge nazionale. La legge non è che la dobbiamo o possiamo sposare, anche l'assessore ha detto giustamente attendiamo che sia approvata per vedere cosa c'è, stiamo in campana anche noi con dei margini di oscillazione abbastanza alti che rivendichino e confermino la nostra autonomia, però badate che le tabelline e le modalità legislative della legge nazionale dicono che le amministrazioni comunali possono dare quei determinati importi e fissa la cifra massima. Cioè per la prima soglia vai da lire zero a lire 400 mila, però il fatto che dica si fissa l'importo massimo può anche dire, ma non lo prescrive, che tutti andranno alle 400, rispettivamente 600, 800 e su e su a seconda dei punti di vista, però dice che le amministrazioni comunali, in rapporto a quelle che sono le loro valutazioni, decideranno.

Noi invece abbiamo il salto e più pari perché portiamo l'asticella a modesti scarti tra il minimo e il massimo.

L'altro elemento che volevamo porre all'attenzione e lo ribadisco qui, egregi colleghi, è quello che non è certamente il partito comunista a negare la complessità dei problemi di fronte al Comune come prima istanza alla quale si rivolgono molti cittadini per vedere affrontati e risolti determinati loro problemi o organizzazioni di servizi e non è al gruppo comunista che si possa imputare la sottovalutazione, tutt'altro semmai, dei compiti delle amministrazioni comunali su tutta la gamma di problemi che solo fino a 10, 15 anni fa aveva un'altra valenza, sempre che fossero esistiti. Pensate cosa significa un piano urbanistico in ordine alla possibilità di insediamenti produttivi o insediamenti di servizio, insediamenti urbani, pensate cosa significa la competenza dei Comuni nei processi di crescita della qualità della vita, dei servizi anche delle attività economiche e sociali, pensate in sostanza che cosa rappresenta anche il Comune in ordine a tutta una serie di nuove leggi che l'evoluzione della società ha voluto e che vede nel Comune uno dei centri promotori, se è vero, come è vero che per meglio far fronte a questo, c'è stato un problema anche di decentramento di riorganizzazione delle amministrazioni comunali, in particolare quelle a più densa presenza umana o di più articolato territorio al suo interno, parlo delle cosiddette circoscrizioni del decentramento comunale.

Non credo sia il partito comunista quella forza politica, la quale ha sottovalutato, anzi semmai esaltato questo e per meglio

corrispondere a questi problemi la sollecitazione verso il tempo pieno, noi puntiamo per la massima disponibilità da parte di chi ha queste responsabilità amministrative proprio per essere in grado di meglio rispondere a questi compiti e a queste funzioni, certamente negli interessi della collettività di questi amministrati.

Giovedì scorso intendevo anche dire che vi sono quelle aziende che hanno dirigenti o persone investite di queste responsabilità politiche e amministrative e anche finanziarie e anche legislative, sovente chiamate a rispondere di persona quando certe cose non sono fatte bene e che vengono corrisposte queste responsabilità in quella maniera.

Non siamo noi coloro, i quali sottovalutano o negano questo adeguato compenso, ma quando parliamo poi di compenso e quegli atti, quegli imbarazzi che possono essere autorizzati a rimanere, egregi colleghi, noi dobbiamo cercare di avere anche dei criteri che siano percorribili, che siano i più giusti possibili. Perché allora noi presenteremo degli emendamenti? Perché questi criteri mi pare che siano degli appiattimenti, mi si perdoni il termine, rivolti verso l'alto. Si fissa al livello più alto possibile l'asticella e poi si fa il massimo possibile per restringere verso l'alto e qui scoppiano delle contraddizioni, perché tabelle alle mani non potete sostenere la giustizia, la fondatezza rispetto a quegli argomenti che, proprio perché condivisi sono stati sostenuti, ma con contraddizioni da parte del collega Tononi, ad esempio, il quale pure parla con esperienza alle spalle, come altri probabilmente, ma se è vero che anche la densità degli abitanti, dunque le fasce di abitanti, se questo ha un senso come ha un senso il fatto che delle città hanno problemi un po' diversi da piccoli comuni, se è vero che anche l'insediamento delle attività produttive ha questa valenza ai fini della determinazione di un impegno, che certamente deve essere sempre meno specialistico-professionale, cioè uno che è sindaco a vita, poi però lo stesso collega Tononi riconosce che determinate persone fanno questo perché hanno più o meno preparazione personale, dunque un elemento di professionalità. E questo è un dato che bisogna pur comprendere, perché non si può pensare che ci sia una grande girandola, l'esperienza dice che c'è anche questa tra gli amministratori perché poi man mano che uno fa il rodaggio, è già pronto quell'altro, quindi ci si trova in permanente rodaggio, per carità, forse è un eccesso quello che dico io, come sarà un eccesso o un records il fatto che vi sia un sindaco ancora in carica dalla liberazione a tutt'oggi in Provincia di Bolzano merito suo, merito probabilmente anche

di quella amministrazione comunale essendo fuori dubbio che un elemento di professionalità è richiesto, se pensiamo ai compiti che il Comune ha e deve svolgere, pur sapendo che ci sono collaboratori alle spalle che possono meglio affrontare il problema.

Colleghi, proviamo a vedere allora le tabelle che qui sono state fornite, la ipotesi rappresentata dal tempo pieno e la loro maggiorazione, ovvero il loro raddoppio e dopo mi dovete spiegare se esiste quel senso di proporzionalità, permettetemi questo termine forse improprio, ma che ha un senso tra i vari amministratori impegnati a quel tipo di responsabilità a tempo pieno. Qui sta la contraddizione.

C'è una sorta di appiattimento verso l'alto, il quale potrà - metto con tre interrogativi e trenta ipoteticità - essere oggetto, lo dico spassionatamente, da parte del Governo di qualche obiezione, perché io riconosco l'esercizio della legittima autonomia, ma stiamo attenti colleghi che in fin dei conti i sindaci della nostra regione non è che hanno compiti o incombenze nel complesso tanto diverse o tanto gravose o viceversa meno gravose dei sindaci di altre regioni.

Badate che il raffronto che si può raccogliere tra le tabelle della legge nazionale e le tabelle della legge regionale porta a dire come nella fascia intermedia i 3 milioni e ottocentomila lire che può prendere il sindaco di Appiano, Bressanone, Brunico, Laives, Merano sono l'equivalente di quello che può prendere il sindaco di una città a tempo pieno con popolazione di circa 500 mila abitanti. Questo è il confronto. Allora dov'è il rapporto, la proporzione?

Secondo, il rapporto tra i 4 milioni e 400 mila lire attribuibili ai sindaci dei comuni capoluogo, Bolzano e Trento in rapporto ai 3 milioni e 800 mila lire con sindaci che hanno una popolazione di un terzo rispetto i capoluogo.

Colleghi, riflettiamo su questo, se una articolazione non rifletta anche quel ragionamento che per altri versi facemmo nella scorsa legislatura in rapporto ai gettoni di presenza dei consiglieri comunali, a seconda della dimensione del comune.

Se vale l'impegno e la dedizione per gli amministratori che hanno compiti di sindaci o di assessori non è che gli altri siano la sola truppa che deve fare numero, a loro volta debbono essere preparati, però pensate che scarto esiste tra questi tipi di impegni e gli altri.

Di conseguenza per questo ragionamento noi, pur condividendo determinati obiettivi di fondo di questo provvedimento, come di quello nazionale verso il quale lamentiamo ancora un livello non buono, parlo di quello nazionale, noi crediamo si debba andare a questa necessaria

articolazione che meglio tenda ad un equilibrio tra il complesso della legge.

Queste erano le ragioni non solo degli emendamenti, ma di un giudizio finale di astensione espresso in sede di Commissione. Le altre cose evidentemente vuoi perchè riferite in sede di primo intervento giovedì scorso, vuoi perchè riprese da parte del compagno Rella, noi non riteniamo qui di ripeterle, ci riserviamo di intervenire nel corso dell'articolato della legge, come per alcuni aspetti particolari nel corso dell'ordine del giorno che abbiamo presentato in rapporto al disegno di legge 34.

PRESIDENTE: La parola all'assessore a Beccara per la replica.

a BECCARA: Signori consiglieri, alle volte si ha l'impressione che in questo Consiglio succeda come succede quando si va a far visita a qualche ammalato in ospedale, che dopo aver chiesto all'ammalato come sta ed essersi interessati della sua salute, inevitabilmente si incomincia a chiacchierare con l'altro visitatore vicino, perchè non si sa più cosa dire. Quindi qui l'ammalato è l'indennità agli amministratori, parliamo solo di quello, quindi altre valutazioni o altre considerazioni estremamente interessanti, ma che non riguardano questo argomento, io credo che siano fuori luogo.

Innanzitutto rammento ai signori consiglieri che il disegno di legge presentato dalla Giunta non modifica assolutamente nulla per quanto riguarda il massimo attribuito come indennità agli amministratori, l'unica modifica riguarda soltanto la riduzione della forbice esistente fra il minimo e il massimo.

Quindi il collega D'Ambrosio deve stupirsi delle indennità che verrebbe a prendere il sindaco di Trento o di Bolzano perchè quella è già adesso così determinata, anche perchè ci siamo accorti che mediamente i comuni della nostra regione applicano l'indennità massima. Voi sapete che in seguito alla miniriforma, io la chiamo così, sull'ordinamento dei comuni di qualche anno fa, determinate delibere non sono più soggette al controllo di legittimità, le delibere che prima riguardavano le indennità agli amministratori erano trasmesse alla provincia per il controllo, adesso non lo sono più, ciò nonostante sono riuscito ad avere un po' la fotografia di come si sono comportati i Comuni del Trentino e dell'Alto Adige, grazie alla collaborazione dei due assessori provinciali di Trento e di Bolzano. Quindi posso dirvi che nella stragrande maggioranza dei casi le amministrazioni comunali hanno

applicato il massimo consentito.

Però si sono verificate situazioni un po' curiose, un po' anomale, cioè si è verificato che alcuni comuni di entità molto ridotte, applicando il massimo, i sindaci di questi comuni ricevevano molto di più dei sindaci di comuni ben più robusti a livello di popolazione e di importanza per il semplice, fatto che quei consigli comunali di quei comuni avevano ritenuto di applicare il minimo. Vi faccio qualche esempio per avere un'idea. Secondo i dati trasmessi dalla Provincia di Trento il sindaco di Rovereto riceve 952 mila lire lorde ed ha 33 mila 147 abitanti Rovereto, mentre il Comune di Mezzocorona che ha 4.366 abitanti, il sindaco riceve 1 milione e 26 mila lire; il Comune di Pinzolo ha 3.002 abitanti, il sindaco riceve 1 milione e 33 mila lire. Ci sono delle situazioni un po' curiose, ad esempio il sindaco di Volano riceve 312 mila lire, quello di Cavedine 821 mila lire, Borgo Valsugana, 5 mila abitanti, riceve 620 mila lire, Ala ha 6.000 abitanti, il sindaco riceve 671 mila lire, meno del sindaco di Transacqua che riceve 800 mila lire, cioè abbiamo avuto modo di constatare come spesso succedeva che demandando ai consigli comunali di determinare tra il minimo e il massimo l'entità dell'indennità da attribuire al sindaco, si avevano situazioni molto diverse e ingiuste. Magari questo era riferibile alla personalità del sindaco, io immagino che se fosse sindaco il collega Crespi senz'altro non andrebbe a pietire dai consiglieri che gli assegnassero il massimo, vedete voi, che se poi all'interno del Consiglio si forma una certa maggioranza va bene, ma se soltanto uno dicesse: ma io ritengo che il sindaco dovrebbe vergognarsi di chiedere tanto è meglio dare il minimo, direbbe va bè datemi il minimo! E' dovuto anche alla sensibilità e al tipo di maggioranza che si determina.

Molto onestamente in Commissione le minoranze confessavano che talvolta, e l'ha ripetuto il collega D'Ambrosio, si sono anche un pochino perse in battaglie di retroguardia, non si fa politica, verificando che di solito, a secondo che era al governo l'opposizione, si avevano atteggiamenti diversi.

Anche in accoglimento delle richieste fatte dalla stragrande maggioranza degli amministratori comunali, i quali chiedevano addirittura e tout court che la loro indennità fosse fissata in legge, senza nessuna possibilità di discrezionalità, la Giunta ha ritenuto comunque di salvaguardare, anche se in termini ridotti, in riferimento a questo argomento sull'autonomia dei comuni, lasciando una discrezionalità del 10%.

Mentre l'oscillazione era del 30, 40%, adesso è soltanto del

10%, comunque i massimi sono sempre rimasti fermi, bloccati.

Certo che ho atteso che il Parlamento approvasse la legge, che è diventata legge 816, perché è noto a tutti che la nostra Regione ha una competenza per quanto riguarda l'ordinamento dei comuni e pertanto l'indennità ai sindaci una competenza concorrente e quindi dobbiamo tener conto ed essere non solo in armonia con la Costituzione e i principi di ordinamento giuridico dello Stato e rispettare gli accordi internazionali, rispettare i principi delle riforme economico-sociali, ma dobbiamo rispettare anche i principi delle leggi dello Stato, a meno che non abbiamo delle tentazioni suicide, sapendo di approvare delle norme che poi senz'altro verranno rinviate.

Quindi di fronte a una richiesta che il collega Hosp, in maniera molto garbata, ha esposto, sia pure parlando a titolo personale questa mattina in Consiglio, cioè la richiesta di agganciare la indennità dei sindaci alle indennità dei consiglieri regionali, io credo che se noi dovessimo discostarci dallo schema che questa legge ha e che a suo tempo il Governo ha approvato mettendo il visto, io credo che ci esporremmo senz'altro a motivi di rinvio. Perché? Perché evidentemente le nostre indennità sono di gran lunga maggiori di quelle che hanno i sindaci dei Comuni delle rimanenti città d'Italia e quindi non parrebbe vero, a mio avviso, al Governo di porre un rilievo soprattutto nel momento in cui discostandoci dall'aggancio che abbiamo avuto fino adesso e che è legge consolidata e sulla quale più nessuno può porre delle contestazioni, noi dovessimo adottare un nuovo criterio, ma non solo, ci verrebbe immediatamente obiettato che i sindaci sì sono importanti, hanno un ruolo prezioso, sono alla base della nostra democrazia, però si muovono in un ambito che è amministrativo, non è un ambito legislativo, i sindaci non fanno leggi, noi consiglieri regionali, anche se siamo semplicemente consiglieri regionali facciamo leggi, c'è un salto a livello, senza peccare di stima nei confronti degli amministratori sia chiaro, ma una cosa è il potere legislativo, noi abbiamo potere legislativo, un'altra cosa è potere amministrativo.

Quindi accanto a valutazioni di carattere squisitamente operativo, giuridico fino a un certo punto, la quasi certezza di un rilievo governativo nel momento in cui ci discostiamo, non è detto che rilievi governativi ci siano ma se a un certo momento il Governo dovesse penetrare nell'esame delle cifre io credo che qualche osservazione potrebbe essere anche fatta, e qui rispondo indirettamente a coloro che hanno detto che, se qualcuno presentasse un emendamento per aumentare ulteriormente noi lo accetteremo; io non ho aumentato e lo dirò se

dovessi difendere questa legge, se il Consiglio la approva, in sede governativa dirò che non ho aumentato di una lira i massimi, sono rimasti quelli che erano, ho solo raccorciato la forbice, quindi questa è una difesa.

Questi sono i motivi per i quali io ritengo che questa ipotesi di aggancio alla retribuzione dei consiglieri regionali non sia percorribile. Qualcuno aggiunge per di più che la nostra indennità non è disciplinata con legge e quindi il Governo potrebbe dire: voi con legge vi riferite ad un certo tipo di indennità che con legge non è disciplinata, ci sarebbero anche queste osservazioni e questi rilievi.

Credo che ognuno di noi si renda conto come sindaci di Comuni quali Trento, Bolzano, Rovereto e Merano sia opportuno che lavorino a tempo pieno, perchè la mole dei problemi e dei compiti richiede un impegno a tempo pieno. Da più parti questo problema è stato sollevato, però avevamo una risposta da parte degli amministratori dei comuni, nel momento in cui mi si garantisce uno stipendio perlomeno pari a quello che percepisco o come dipendente di ente pubblico, o comunque come lavoratore autonomo ecc., allora in questo momento io rassegno le dimissioni, cioè vado in aspettativa. Era la risposta data dal sindaco di Trento e anche dal sindaco di Bolzano, consentitemi un'indennità dignitosa e io lavorerò a tempo pieno, ma fintanto che questo non mi è concesso ecc.

Ecco perchè il lavoratore regionale, riagganciandosi alla modifica, alla piccola riforma fatta a livello nazionale ha ritenuto di consentire o di prevedere il raddoppio delle indennità per quei sindaci di amministratori di comuni che decidano di lavorare a tempo pieno; con l'emendamento della Giunta abbiamo portato questa facoltà fino ai comuni con 10 mila abitanti allineandoci a quanto è previsto a livello nazionale. Non ritengo opportuno scendere al di sotto.

Io capisco le osservazioni, le motivazioni che provengono dal gruppo comunista, dal collega Rella e dal collega D'Ambrosio, però non ritengo che le valutazioni offerte all'attenzione del Consiglio da parte del collega Tononi non abbiano un loro fondamento, ma ad un certo momento chi decide, se un sindaco merita di più o di meno, il collega Rella propone che sia il consiglio comunale a sfondare anche il tetto del 100% per quei sindaci che lo meritano, che sono bravi, che si danno da fare, che scelgono il tempo pieno ecc., ma io dico a questo punto, voi capite che, se introducono elementi di discrezionalità politica, a mio parere, sono estremamente pericolosi. Perchè a un certo momento il consiglio comunale non decide di raddoppiare lo stipendio a quel

funzionario che ritiene sia più bravo degli altri? Ma scherziamo! Facciamo questo tipo di proposte così regressive, ritorniamo indietro? Quando sappiamo perfettamente che si formano determinate maggioranze, che sono maggioranze politiche e che formulino dei giudizi politici.

I sindaci chiedono di sapere esattamente qual è la loro indennità, va da un minimo del 90% ad un massimo del 100%, definita per legge e poi sarà l'elettorato, sarà la popolazione a decidere se quello era un sindaco bravo o un sindaco cattivo, non sono i consigli comunali che danno la pagella al sindaco, è l'elettorato, anche se ad un certo momento è sempre possibile che il consiglio comunale esprima un voto di sfiducia nei confronti dell'amministratore.

Ecco i motivi per i quali non ci sentiamo di accettare gli emendamenti che il cons. Rella ha proposto. Io mi sono letto tutti gli atti della commissione parlamentare che ha approvato questo disegno di legge, che ha avuto una vita tormentatissima, però alla fine è stato approvato dalla D.C., dal P.S.I., dal P.C.I., da D.P., ha avuto soltanto l'opposizione del M.S.I. per motivi particolari che probabilmente i colleghi sapranno, perché sembrava che fosse una legge fatta per gli amministratori, funzionari del partito comunista, era quello un po' il problema, ma io leggendo gli atti della commissione...

(Interruzione)

a **BECCARA**: Quello era soprattutto, almeno quello che io sono riuscito a leggere, quello che diceva Rutelli e le risposte date dal capogruppo alla Camera, il comunista Spagnoli, però ad un certo momento ancora in commissione, vi è stata una proposta della commissione di portare ai 10 mila abitanti la possibilità per i sindaci e gli amministratori di optare andando in aspettativa per il tempo pieno e pertanto avere il raddoppio dell'indennità, ma non sotto i 10 mila.

Io mi sono consultato, collega Rella, non è che quando mi muovo nel settore degli enti locali presenti al Consiglio delle proposte che hanno avuto un filtro e un confronto con le associazioni dei comuni, ad esempio, e ritengono che dai 10 mila in su il sindaco può lavorare a tempo pieno ed avere il raddoppio dell'indennità, ma dai 10 mila in giù non ritengono opportuno e nemmeno necessario che ci sia un impegno a tempo pieno, mediamente, anche se mi rendo conto che forse qualche caso potrebbe esserci, però se noi facciamo una norma di carattere generale vuol dire che dai 1.000 abitanti in su a tutti i sindaci che ritengono di andare in aspettativa noi dobbiamo raddoppiare l'indennità. Mi pare

pericolosa questa norma.

Per quanto riguarda i vari interventi mi è stato chiesto dal collega Langer in maniera molto precisa di sapere e di definire l'indennità del segretario comunale. Lei sa, collega Langer, che tutte le indennità dei dipendenti pubblici dei Comuni ed il segretario è il primo fra i dipendenti del comune sono determinate tramite contrattazione collettiva, ci sono i contratti collettivi, periodici, che vengono recepiti dai singoli Comuni. Io non posso dirle adesso con esattezza qual è lo stipendio del segretario comunale, posso solo dirle che è lo stipendio onnicomprensivo e mi diceva prima il dott. Negri, dedotta però l'indennità integrativa speciale. Comunque è un dato che le posso trasmettere la prossima seduta, in modo che non ci siano dubbi, però l'indennità è onnicomprensiva. Ecco perchè succede che gli amministratori dei Comuni dell'Alto Adige abbiano qualcosa in più dei colleghi del Trentino, perchè a livello di contrattazione collettiva i dipendenti dei Comuni dell'Alto Adige sono riusciti ad ottenere delle condizioni economiche leggermente migliori di quelle che sono riusciti ad ottenere i colleghi del Trentino.

Per quanto riguarda il collega Boesso, egli aveva giustamente fatto presente che in una giornata possono svolgersi più commissioni, una al mattino e una al pomeriggio e a tal proposito ho presentato un emendamento per rendere accumulabili al massimo due gettoni.

Mi accorgo che quando ci si muove a livello di amministratori locali è un mare abbastanza periglioso e spesso bisogna evitare Silla e non cadere nelle fauci di Cariddi, perchè tutti siamo convinti della preziosità e della indispensabilità del ruolo dei compiti del sindaco, però lo vorremmo anche professionalmente preparato, però vorremmo in pari tempo che non diventasse sindaco a vita, cioè non ci fosse questa incentivazione esasperata alla professionalità, quindi sembrerebbe che un disincentivo potesse essere anche una retribuzione piuttosto modesta a questa spinta alla professionalità, dimenticando magari una delle componenti fondamentali dell'animo umano, che, prescindendo dal denaro, si muove anche nell'ambito dell'ambizione, dell'orgoglio personale, per cui abbiamo assistito anche a sindaci a vita, quando non c'era retribuzione.

Io ritengo nei confronti di questa materia, alla fine di fare un ragionamento di mediazione, riferirmi a quanto a livello nazionale e dopo un ampio confronto estremamente vivace si è riusciti a ritrovare fra partiti diversi, perchè ho detto prima, come la legge 816 abbia ricevuto il voto positivo anche da Democrazia Proletaria, quindi è stata

fatta un'opera di mediazione.

Qui nessuno l'ha ricordato, la nostra legge con una norma recepisce quanto la normativa nazionale, la 816 dispone in merito ai permessi e alle aspettative. Quindi non abbiamo più nessuna discriminazione fra dipendenti pubblici e dipendenti privati, perché la 816 prevede una normativa che noi abbiamo recepito con una norma, dove diciamo che per quanto non espressamente previsto dal Testo Unico e il Testo Unico per quanto riguarda il regime dei permessi non dice niente, si applica la normativa 816. Ecco perché, l'ho già detto al collega Langer, l'emendamento da lui presentato è superfluo.

Non so se ho offerto una risposta sufficientemente adeguata o articolata a tutti coloro che sono intervenuti. Al collega Hosp mi pare di aver offerto alla sua attenzione alcune valutazioni, evidentemente opinabili, ma che fanno muovere la Giunta in una direzione diversa da quella che lui desidererebbe.

Ringrazio anche il collega Pahl, io credo che questa legge sia in effetti un miglioramento, perché perlomeno verremmo a sanare situazioni di grande imbarazzo, situazioni alle quali prima accennava il collega Rella, pensate ai sindaci dei Comuni principali della nostra regione.

Per quanto riguarda alcune osservazioni fatte dal collega Rella vorrei dire che i Comuni al di sopra dei 10 mila abitanti non sono solo 3 nella nostra regione, ma sono molto più, oltre ai quattro grossi, Trento, Bolzano, Rovereto e Merano, nel Trentino abbiamo Riva del Garda, Arco, Pergine, mentre in Alto Adige abbiamo Laives, Bressanone, Brunico, quindi ne abbiamo un certo numero.

In conclusione io ritengo che gli emendamenti che sono stati proposti debbano essere respinti, perché per quelli presentati dal collega Langer, cioè di prevedere ancora i minimi, i motivi gli ho spiegati, cioè questa opportunità di non demandare alle volte anche ad una rissosità interna o comunque a criteri estremamente opinabili la determinazione dell'indennità del sindaco. Quindi noi abbiamo raccorciato la forbice del 10% al massimo.

Per quanto riguarda gli emendamenti del collega Rella noi non intendiamo consentire che anche nei Comuni al di sotto dei 10 mila abitanti sia possibile raddoppiare l'indennità al sindaco, nel momento in cui il sindaco ritiene di dover svolgere un'attività autonoma o di andare in aspettativa. Comunque potremmo ulteriormente discuterne in un confronto che riprenderemo la settimana prossima.

PRESIDENTE: La discussione generale è chiusa.

E' stato presentato un ordine del giorno dai consiglieri Rella, D'Ambrosio, Barbiero, Marzari e Ziosi del quale dò lettura:

Al fine di garantire ad ogni comune la piena applicazione della legge in approvazione avente lo scopo di incentivare la scelta del tempo pieno e la qualificazione del governo degli enti locali anche minori, nonché di garantire la corresponsione dei gettoni di presenza ai consiglieri e ai membri delle Commissioni comunali,

il Consiglio regionale

invita la Giunta regionale - anche mediante i necessari raccordi con le Amministrazioni provinciali - al fine di prestare specifica attenzione al riguardo, in particolare nel predisporre le rispettive leggi per la finanza locale, affinché le singole Amministrazioni comunali dispongano dei mezzi necessari, specie per i comuni minori.

Um zu gewährleisten, daß jede Gemeinde das sich in der Phase der Genehmigung befindende Gesetz voll anwendet, damit zur Entscheidung für die Vollzeitätigkeit und zu einer qualifizierten Verwaltung auch der kleinen Lokalkörperschaften angeregt wird und damit die Entrichtung der Anwesenheitsentschädigungen an die Gemeinderatsmitglieder und an die Mitglieder der Gemeindekommissionen sichergestellt wird, fordert

der Regionalrat

den Regionalausschuß auf - auch mittels der erforderlichen Kontaktnahme mit den Landesverwaltungen - besonders bei der Ausarbeitung der Jeweiligen Gesetze für die Lokalfinanzen, diesen Fragen besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, damit die einzelnen Gemeindeverwaltungen, insbesondere die kleinen Gemeinden, über die erforderlichen finanziellen Mittel verfügen.

La parola ai presentatori per la illustrazione.

RELLA: Il senso di questo ordine del giorno, che purtroppo nella battitura non ha raccolto il verbo, l'ha lasciato in macchina e che quindi necessita di essere ritrascritto, mi auguro di poterlo presentare la settimana prossima, il senso però è il seguente: nel fare questa

legge noi stabiliamo obbligatorie corresponsioni di indennità con limiti minimi e stabiliamo anche la corresponsione di gettoni di presenza per la partecipazione alle sedute dei consigli comunali. L'una e l'altra delle iniziative hanno ragione, che è stata già illustrata e dibattuta, però ci sono oggi numerosi comuni che non corrispondono indennità ai propri amministratori e non corrispondono gettoni di presenza per la partecipazione alle sedute del consiglio comunale e delle commissioni, perchè il loro bilancio non consente la corresponsione delle indennità.

Oggi vi sono Comuni che sono strozzati nello svolgimento dei servizi essenziali e ordinari, faccio l'esempio del Comune che in un recente incontro con la Giunta provinciale di Trento ha illustrato l'accumulo di debiti, lo splafonamento rispetto al pareggio del bilancio con spese obbligatorie, quali non solo lo sgombero neve, ma anche l'erogazione dell'acqua, della luce per l'illuminazione stradale, il riscaldamento, la bolletta telefonica e l'illuminazione degli edifici comunali, Comuni minori che non riescono a far quadrare il bilancio, nonostante un grande sforzo di rigorosità e risparmio. In quei Comuni avviene che gli amministratori locali ed i consiglieri comunali non percepiscono alcuna indennità, l'hanno rinunciata per queste situazioni drammatiche.

Uno degli esempi più clamorosi potrebbe essere quello di Luserna che ha i propri consiglieri comunali quasi tutti residenti a Trento, Pergine, Levico che partecipano alle sedute consiliari senza percepire nè rimborso spese di accesso, nè gettone di presenza e in cui il sindaco, vicesindaco e assessori non hanno alcuna indennità e non percepiscono nemmeno gettoni di presenza per la partecipazione alle attività di giunta nello svolgimento delle proprie funzioni. E' il caso limite probabilmente, ma la situazione non è isolata.

Io chiederei di consentirci di ripresentare - visto che siamo alla fine della seduta, altrimenti posso parlare per altri dieci minuti per arrivare al dunque - il testo, mi spiace sia stato ritrascritto così, il quale è il seguente:

"Impegna la Giunta regionale a prendere contatto con le Giunte provinciali perchè nella predisposizione delle rispettive leggi per la finanza locale prestino specifica attenzione, a riguardo del problema illustrato in premessa, affinché le singole amministrazioni comunali dispongano dei mezzi necessari, specie per i comuni minori".

Lo scopo qual è? Che nel predisporre le leggi di finanza locale ogni singola Provincia garantisca che anche i Comuni minori vengano messi nella condizione di poter corrispondere quelle indennità,

che qui con questa legge vogliamo introdurre come obbligatorie al limite minimo e oltretutto indispensabili per dare dignità al lavoro dei consigli comunali e delle giunte.

PRESIDENTE: Al fine di consentire ai colleghi presentatori di modificare formalmente l'ordine del giorno, tolgo la seduta e ci ritroveremo tra otto giorni.

(Ore 12.49)